

Nationale Identität, Diskursanalyse und Außenpolitikforschung: Herausforderungen und Hypothesen

(Henning Boekle/Jörg Nadoll/Bernhard Stahl)

1. Einleitung¹

Die Außenpolitikanalyse in Europa sieht sich verschiedenen empirischen Rätseln ausgesetzt. Allein die Existenz des Phänomens ‚europäische Außenpolitik‘² erscheint erklärungsbedürftig sowie der Umstand, dass ihre institutionelle und inhaltliche Ausgestaltung mit erheblichen Problemen und Konflikten zwischen den verschiedenen Akteuren behaftet ist. Als intuitiv einleuchtender Faktor für diesen Umstand wird in der Regel auf unterschiedliche Europapolitiken der Mitgliedstaaten im weiteren Sinne verwiesen (White 1999: 43; Hill 1998). Auch jüngere empirische Studien in verschiedenen Politikfeldern belegen die Relevanz von nationalen Positionen zur Erklärung europäischer Außenpolitik (z.B. Stavridis/Hutchence 2000: 61; Elgström 2000: 195). Dieser Verweis von der europäischen auf die nationalstaatliche Ebene zieht jedoch eine weitere Frage nach sich: Warum verhalten sich europäische Nationalstaaten in der Europa- wie auch in der Sicherheitspolitik so unterschiedlich? Auf die institutionelle Ausgestaltung der europäischen Außenpolitik bezogen, lässt sich präziser fragen: Warum befürworten manche EU-Staaten (z. B. die Niederlande) eine weitere Vergemeinschaftung der EU-Außenpolitik, während andere Staaten (z. B. Frankreich) an einer intergouvernementalen Struktur der EU-Außenpolitik festhalten? Ohne diese Fragen zu beantworten, lässt sich offensichtlich kaum Substantielles über die Chancen europäischer Außenpolitik und deren Grenzen sagen.

Als Erklärung für das außenpolitische Verhalten von Staaten im Zusammenhang mit der sogenannten „Dritten Theoriendebatte“ in den internationalen Beziehungen (Lapid 1989) wird von einigen Vertretern „konstruktivistischer“ Theorieansätze auf „nationale Identität“ verwiesen (z. B. Aggestam 1999, Jepperson et al. 1996). Die „nationalen Identitäten“ der EU-Mitgliedstaaten erzeugen demzufolge unterschiedliche Europa- und Außenpolitiken, solange ihre soziale Konstruktion primär im nationalen und weniger im europäischen Kontext stattfindet. Umgekehrt gewinnt aus der Sicht dieser Autoren eine europäische Außenpolitik in dem

¹ Der folgende Beitrag fasst einige vorläufige Ergebnisse des „Projekts über vergleichende Außenpolitikforschung in Europa“ zusammen. Für weitere Informationen über dieses von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der ASKO Europa-Stiftung geförderte Projekt siehe im Internet unter: http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe/pafe_frames.htm

² Europäische Außenpolitik wird dabei verstanden als die Summe gemeinsamer Initiativen aller oder eines Teils der EU-Mitglieder innerhalb der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP), der im EG-Vertrag geregelten EG-Außenbeziehungen, sonstiger internationaler Organisationen oder bi- bzw. multilateraler ad-hoc-Kooperation unter Beteiligung der EU.

Maße an Konturen, in dem auf europäischer Ebene Identität konstruiert wird und in dem die EU Akteursqualität (*actorness*) in der internationalen Politik erlangt (vgl. Bretherton/Vogler 1999: 233-236).

„Identität“ ist jedoch ein äußerst komplexes und stark elusives Konstrukt, das sich nur sehr schwer erfassen und operationalisieren lässt. Insbesondere der Zusammenhang von nationaler Identität und außenpolitischem Verhalten verdient dabei besondere Aufmerksamkeit. Da Prozesse der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit vor allem über das Medium der Sprache erfolgen, kommt der Diskursanalyse für die Ermittlung dieses Zusammenhangs zwischen Identität und Verhalten zentrale methodische Bedeutung zu (vgl. Wæver 1995; Larsen 1997: 3-33; Milliken 1999).³ Die Grundannahme hierbei lautet, dass sich die nationale Identität im Diskurs ausprägt und somit indirekt – eben über den innergesellschaftlichen Diskurs – das außenpolitische Verhalten eines Staates beeinflusst. Bevor daher identitätsgestützte Analysen außenpolitischen Handelns überhaupt unternommen werden können, muss erst der konkrete Inhalt der jeweiligen Konstruktion nationaler Identität – d.h. deren einzelne, diskursiv wirksame Elemente – ermittelt werden. Der vorliegende Beitrag widmet sich diesem vorgelagerten Erkenntnisinteresse der Herausarbeitung von Identitätselementen und wiederkehrenden argumentativen Mustern in den außenpolitischen Diskursen der Mitgliedstaaten. Diese Arbeiten haben den Charakter von Vorstudien, indem sie relevante Diskursträger, Argumentationsmuster und Textquellen ermitteln, die für später zu fertigende Fallstudien als ‚*référentiel*‘ dienen können.⁴ Im Gegensatz zu einer aktuellen Fallstudienarbeit kann sich die historische Rekonstruktion von außenpolitischen Diskursen auf die Analyse von Sekundärliteratur beschränken, die mit Hilfe von Expertenaussagen⁵ sinnvoll ergänzt wird.⁶

Bei der Untersuchung einschlägiger Diskurse zur europäischen Außenpolitik soll gezeigt werden, welcher Diskurs sich als dominant herausgestellt hat und wie eine Diskurshegemonie erreicht wurde, die zur gesellschaftlichen Legitimation des jeweiligen historischen

³ Ausgehend von der Grundannahme, dass „soziale Fakten“ wie nationale Identität im Diskurs konstruiert werden, rückt in unserem Analysemodell der identitätsbezogene innergesellschaftliche Diskurs über außenpolitische Verhaltensoptionen bzw. –Anforderungen in den Vordergrund. Wir lösen uns also vom methodologischen Individualismus, indem wir sozialen Akteuren nur eine Bedeutung als Träger von Diskursen zuweisen. Zur Unterscheidung „sozialer Tatsachen“ von „objektiven Tatsachen“ vgl. Searle (1970): 50ff.; Kratochwil (1989): 21ff.

⁴ Aufgrund der konstruktivistischen Grundsatzproblematik, dass Sprache und Diskurse im Hinblick auf ihre Interpretationsmöglichkeiten als ‚trügerisch‘ gelten, kommen Vorstudien aus unserer Sicht entscheidende Bedeutung für die Güte wissenschaftlicher Aussagen zu.

⁵ Die Autoren danken dabei vor allem den Teilnehmern der beiden Advisory Board Meetings vom 19.6-1.7.2000 und vom 26.-28.10.2001.

⁶ Die Unterscheidung zwischen ‚Identitätselement‘ und ‚Argumentationsmuster‘ erweist sich im Einzelfall zugegebenermaßen als schwierig. Ein Identitätselement zeichnet sich dadurch aus, dass ein Bezug zum eigenen Land hergestellt wird, der nicht weiter begründet wird, sondern als ‚konsensualer Ausgangspunkt‘ ein oder mehrerer Argumentationsmuster fungiert.

außenpolitischen Verhaltens geführt hat. Da die empirische Bearbeitung der Fragestellung unseres Forschungsprojektes derzeit noch nicht abgeschlossen ist, wird in diesem Beitrag lediglich ein Diskurs entlang der hier skizzierten Vorgehensweise beispielhaft vertiefend analysiert. Dies ist der deutsche Diskurs über die Beteiligung von Bundeswehrsoldaten bei *out of area*-Einsätzen.

Zu Beginn der Analyse aber wird zunächst das außenpolitische Verhalten von vier ausgewählten Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, Niederlande und Dänemark)⁷ mit Blick auf die grundsätzlichen Verhaltensweisen der Länder in der Sicherheits- und Europapolitik entsprechend der Methode des strukturierten, fokussierten Vergleichs (George 1979) analysiert (Abschnitt 2). Dieser Abschnitt greift auf eine positivistische Herangehensweise zurück, indem er eine strikte Außensicht von Außenpolitik wählt. Er soll als Problemaufriss dienen, der die eingangs genannten empirischen Rätsel europäischer Außenpolitikforschung anhand der idiosynkratischen Verhaltensmuster der EU-Mitgliedstaaten verdeutlicht. Nach einigen vertiefenden Erläuterungen zur theoretischen Grundlegung dieses Beitrages und der ihn leitenden Konzeptualisierung des Zusammenhangs zwischen Identität, Diskurs und Verhalten (Abschnitt 3) erfolgt dann die Analyse historischer außenpolitischer Diskurse in den jeweiligen Mitgliedstaaten (Abschnitt 4). Zum Schluss (Abschnitt 5) werden die Ergebnisse zusammengefasst und Hypothesen über die identitären Bedingungen außenpolitischen Handelns in Europa formuliert.

2. Problemaufriss: Die Verhaltensanomalien

Im Folgenden werden einige Ergebnisse der Untersuchung der allgemeinen Außenpolitiken von vier Untersuchungsländern skizziert.⁸ Sie sollen einen Überblick über die Leitlinien des außenpolitischen Verhaltens dieser Länder im Zeitraum von 1945 bis Mitte der 90er Jahre geben. Hiermit soll die Unterschiedlichkeit der außenpolitischen Verhaltensweisen der vier Mitgliedstaaten aufgezeigt werden. Gemäß diesem Erkenntnisinteresse weist die folgende kursorische Verhaltensanalyse folgende Eigenschaften auf:

- Die Staaten werden als *unitary actors* behandelt.
- Es wird eine phänomenologische Außensicht gewählt, innenpolitische Aspekte spielen dabei keine Rolle.

⁷ Die ausgewählten Länder spiegeln unserer Ansicht nach die Heterogenität der EU nicht nur im Hinblick auf traditionelle Faktoren (demographische Größe, Wirtschaftspotential, geographische Lage etc.), sondern auch bezüglich solcher Faktoren, die die Struktur innergesellschaftlicher Diskurse prägen und daher im Rahmen unseres Designs bedeutungsvoll erscheinen (z. B. Regierungssystem, Verfassungstraditionen, grundlegende gesellschaftliche Werthaltungen etc.), ausreichend wider.

⁸ Siehe ausführlich dazu die Ausarbeitungen zu den Außenpolitiken der untersuchten Länder unter <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/liba/pafe/baum.htm>

- Mögliche Motive für das Handeln bleiben ausgeblendet.

Um ein hohes Maß an Vergleichbarkeit zu gewährleisten und die Darstellung so knapp wie möglich halten zu können, wird das Verhalten nicht spezifisch für die jeweiligen Länder, sondern anhand ausgewählter analytischer Kriterien vorgestellt. Diese Kriterien sind:

1. *Charakteristika der Sicherheitspolitik*: Dieses Kriterium bezieht sich einerseits auf unilaterales versus multilaterales Vorgehen in der Sicherheitspolitik, andererseits auf die bevorzugten Instrumente und Mittel in der Sicherheitspolitik: Hier ist insbesondere auf die Haltung der jeweiligen Länder gegenüber militärischen Einsätzen, aber auch auf ihr generelles Repertoire an außen- und sicherheitspolitischen Instrumenten einzugehen. Den bevorzugten institutionellen Rahmen sicherheitspolitischer Kooperation fassen wir, indem wir – zugegebenermaßen etwas plakativ aber durchaus üblich – zwischen „Atlantikern“ (also Ländern mit NATO-Präferenz) und „Europäern“ (Ländern mit EU- bzw. WEU-Präferenz) unterscheiden. Hiermit wird auch die Einstellung zur Entwicklung einer Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) eingefangen. Wir unterscheiden hier zwischen mehreren Verhaltenskategorien: „*Promoter*“ bezeichnet jene Länder, die sich in besonderem Maße für Fortschritte bei der Vertiefung der EU-Integration eingesetzt haben; „*supporter*“ sind Länder, die ohne allzu großen eigenen Einsatz solche Vertiefungsschritte unterstützt haben; „*passive complier*“ meint Länder, die weder unterstützend noch behindernd aktiv geworden sind; „*reluctant follower*“ ist die Kategorie für Länder, die sich Vertiefungsfortschritten zwar gefügt, aber zumindest zeitweilig und/oder unterschwellig Widerstand geleistet haben; die Kategorie „*obstructor*“ schließlich bezeichnet Länder, die sich einer weiteren Vertiefung aktiv widersetzt haben.⁹ Die Zuschreibung dieser Verhaltenskategorien ist notwendigerweise sehr summarisch und verkürzt. Insbesondere ist es nur schwer möglich, etwaigen Veränderungen in der Politik eines Landes über Zeit (z. B. Unterstützung vor, Widerstand nach Verabschiedung eines vertiefungsrelevanten Vertragswerkes) gerecht zu werden.
2. *Position zur EU-Vertiefung*: Dieses Kriterium, bei welchem „Vertiefung“ v. a. als weitere Vergemeinschaftung/Supranationalisierung verstanden wird, wird anhand von insgesamt vier markanten Zäsuren der europäischen Integration gemessen, nämlich

⁹ Es muss auch darauf hingewiesen werden, dass diese Kategorien, die ursprünglich in Anlehnung an Zartman (1994: 5) als Rollenzuschreibungen im Rahmen des Trierer DFG-Projektes „Zivilmächte“ entwickelt wurden, hier lediglich als taxonomische Kategorien für beobachtbares außenpolitisches Verhalten gebraucht werden.

der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA), dem Vertrag von Maastricht, dem Vertrag von Amsterdam und dem Vertrag von Nizza.

3. *Position zu EU-Erweiterungen:* Dieses Kriterium wird mithilfe derselben Zuschreibung von Verhaltenskategorien erhoben wie bei der EU-Vertiefung. Auch hier werden vier Zeitschritte unterschieden, nämlich die 1. Norderweiterung (um Großbritannien, Irland und Dänemark 1973), die Süderweiterungen (um Griechenland 1981 und um Spanien und Portugal 1986), die 2. Norderweiterung (um Schweden, Finnland und Österreich 1995) sowie die geplante Osterweiterung (um Polen, Tschechien und weitere Beitrittskandidaten frühestens 2004).

Selbstverständlich geben diese drei heuristischen Kriterien nur einen Ausschnitt der Außenpolitik eines Landes wider. Gleichwohl scheint die Auswahl repräsentativ für Kernpunkte der Europa- und Sicherheitspolitik der Staaten und genügt somit unserem Erkenntnisinteresse.

2.1 Charakteristika der Sicherheitspolitik

In Übereinstimmung mit seiner generellen Prioritätensetzung in der Außenpolitik ist Frankreich das einzige Untersuchungsland, das noch in der jüngeren Vergangenheit auch unilateral militärisch aktiv geworden ist (z. B. im Tschad 1983).¹⁰ Allerdings ist auch die französische Sicherheitspolitik seit dem Ost-West Konflikt von einem Trend zu multilateralem militärischem Engagement gekennzeichnet gewesen (v.a. im Golf und auf dem Balkan; Saliou 1993: 687ff.). Für alle anderen untersuchten Länder war hingegen Multilateralismus in der Sicherheitspolitik handlungsleitend und Militäreinsätze sind nur als *ultima ratio* in der Sicherheitspolitik begriffen worden (Honig 1994: 142; Maull 1999: 4; Jakobsen 2000: 177). Auffällig ist die im Verhältnis zu ihren Ressourcen weit überproportionale Beteiligung der Niederlande und Dänemarks an Militäreinsätzen sowohl innerhalb als auch – in der jüngsten Vergangenheit – außerhalb von Mandaten des UNO-Sicherheitsrates (Honig 1994; Everts 1997). Deutschland hat sich hingegen der Beteiligung an militärischen Einsätzen bis in die 90er Jahre hinein verweigert und sich erst nach 1994 deutlich stärker an Militäroperationen beteiligt (vgl. Baumann 2001; Maull 2000).

¹⁰ Von Frankreich abgesehen, haben von den hier behandelten Ländern nur die Niederlande überhaupt je unilateral zu militärischen Mitteln gegriffen, als sie 1948 erfolglos versuchten, ihren ehemaligen indonesischen Kolonialbesitz zurückzuerobern. Beim Abfall West-Iriens 1962 dagegen wurde die Anwendung militärischer Gewalt nicht mehr ernsthaft erwogen.

Frankreich zeichnet sich sicherheitspolitisch insgesamt durch seine Präferenz für „europäische“ Sicherheits- und Verteidigungskooperation aus, hat sich jedoch über die Zeit von einem „reluctant follower“ (bei der EEA) zu einem „promoter“ (seit Amsterdam) der GASP gewandelt (Wagner 2001: 69-73. Frankreich kann nunmehr als der maßgebliche „promoter“ der GESVP gelten, deren Institutionalisierung es als Ratspräsident in der Vorbereitung des Gipfels von Nizza vorangetrieben hat.

Demgegenüber haben die Niederlande und Dänemark eine „atlantische“ Sicherheitspolitik bevorzugt. Dänemark hält an dieser bis heute fest und ist über alle zeitlichen Beobachtungspunkte hinweg einer sicherheitspolitischen Stärkung der GASP gegenüber skeptisch geblieben. Es beteiligt sich folglich faktisch auch nicht an der jüngsten militärischen Zusammenarbeit innerhalb der EU (Larsen 2000: 113), da die ESVP auch zu den in der Folge des Maastricht-Vertrages vereinbarten „opt out“-Bereichen der dänischen Europapolitik gehört.

Dagegen sind die Niederländer hier in jüngster Zeit gewisse Kompromisse zwischen einer „europäischen“ und einer „atlantischen“ sicherheitspolitischen Orientierung eingegangen (Pijpers 1996: 251; Homann 2000) und haben die Entwicklung der GASP – lange allerdings unter weitestmöglichem Ausschluss der Verteidigungspolitik – stets unterstützt (Coolsaet/Soetendorp 2000: 136f.). In den letzten sechs bis sieben Jahren ist zudem eine allmählich wachsende Unterstützung Den Haags für die Entwicklung einer GESVP zu beobachten (Homann 2000), die sich bei den Verhandlungen über den Vertrag von Amsterdam auf EU-Ebene deutlich zeigte als die Niederlande ihre Haltung zur WEU-Integration in das EU-System veränderte (Kwast-van Duursen 1996: 53-55).

Deutschland, das während des Kalten Krieges eine klar atlantisch orientierte Sicherheitspolitik betrieb, hat sich hingegen seit der Wiedervereinigung – insbesondere als Reaktion auf die Jugoslawienkriege – sicherheitspolitisch sehr viel eher in „europäischer“ Richtung orientiert (Maull 2000: 73). Bereits seit der EEA gilt es als „promoter“ der GASP (Wagner 2001: 63-69) und hat die Entwicklung der GESVP in der Folge des Vertrages von Maastricht von Beginn an unterstützt (vgl. Schild 1997) und konnte dies mit den wegweisenden Beschlüssen von Köln in der eigenen Ratspräsidentschaft 1999 unter Beweis stellen (Schmalz 2000: 228).

2.2 Position zur EU-Vertiefung

In Bezug auf ihre Einstellung zur weiteren Supranationalisierung der EU zerfallen die vier Untersuchungsländer in zwei Lager. Dänemark hat über alle vier, Frankreich mit der

allerdings bedeutenden Ausnahme Maastricht über drei zeitliche Beobachtungspunkte eine vertiefungsskeptische Europapolitik betrieben, die zwischen den Kategorien „*passive complier*“ und „*obstructor*“ oszilliert. Freilich ist die letztliche Zuschreibung „*obstructor*“ für Dänemark im Zusammenhang mit dem Vertrag von Maastricht weniger die Folge einer vertiefungsskeptischen Regierungsposition bei den Vertragsverhandlungen selbst als vielmehr das Produkt des negativen Votums der dänischen Bevölkerung im ersten Referendum über die Ratifikation des Vertrages 1992. Doch hat sich der im Anschluss an das Referendum mühsam hergestellte europapolitische „nationale Kompromiss“ zwischen den dänischen Parteien und der Bevölkerung auch hemmend auf die dänische Politik in Amsterdam und Nizza ausgewirkt (Petersen 1999: 48; Hedetoft 2000).

Deutschland und die Niederlande haben hingegen eine im Allgemeinen vertiefungsfreundliche Europapolitik betrieben.¹¹ Für die Niederlande gilt dies sicher noch in stärkerem Maße als für Deutschland, insbesondere auch im Zusammenhang mit der GASP, die gemäß dem 1991 vorgelegten (und von allen EG-Staaten außer Belgien umgehend abgelehnten) niederländischen Vertragsentwurf für Maastricht in der ersten Säule der EU angesiedelt sein sollte (Woyke 1991/92: 301f.; Wester 1992: 172-174). In der Folge der Auseinandersetzungen um die Maastricht-Ratifizierung in einigen EU-Staaten und im Zuge der Überlegungen, die EU durch institutionelle Reformen erweiterungsfähig zu machen, kam es aber zu einer gewissen Abschwächung der generellen niederländischen Präferenz für Supranationalismus (Kwast-van Duursen 1996; Soetendorp 2000). Deutschland ist – trotz seiner allgemein nicht nur unterstützenden, sondern häufig auch initiativen Vertiefungspolitik – zumindest zeitweilig (in Amsterdam) in die Position eines „*passive complier*“ zurückgefallen (Nadoll 2001a: 5f.), hat sich jedoch in Nizza wiederum als „*promoter*“ für eine weitere EU-Vertiefung erwiesen (Harnisch/Stahl 2000).

2.3 Position zu EU-Erweiterungen

Die insgesamt erweiterungsfreundlichste Politik haben Deutschland und Dänemark betrieben. Deutschland hat nicht nur die drei vergangenen Erweiterungen vorbehaltlos unterstützt (vgl. Katzenstein 2000: 77), sondern kann auch als ein maßgeblicher „*promoter*“ der angestrebten Osterweiterung gelten (Freudenstein 1995: 111f.). Dänemark, das im Zuge der ersten Norderweiterung 1973 selbst beitrug, unterstützte gleichfalls die Süderweiterungen 1981/86 und war

¹¹ Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass sich die Position zur EU-Vertiefung in keiner Weise im *Compliance*-Verhalten der Staaten widerspiegelt (Peters 2001: 31; Mbaye 2001: 269). Bei der Befolgung und Umsetzung von EU-Rechtsakten hat Dänemark den weitaus besten Ausweis vor den Niederlanden, Frankreich und Deutschland folgen mit leichtem Abstand.

maßgeblicher „*promoter*“ der Norderweiterung 1995 und macht sich auch nachhaltig für die Osterweiterung stark, insbesondere auch im Hinblick auf die baltischen Staaten (Hansen 1996). Die Niederlande hatten schon vor 1973 stets die Aufnahme Großbritanniens in die EG gefordert und können deshalb zumindest als „*promoter*“ der ersten Norderweiterung gelten (Riemersma 1989; Reef 1995: 70-85). Dagegen hat Den Haag sich danach in Erweiterungsfragen relativ neutral verhalten und diese weder behindert noch maßgeblich unterstützt und steht auch der Osterweiterung zwar nicht ablehnend, aber doch skeptisch gegenüber (Harryvan et al. 1996: 116). Frankreich schließlich weist insgesamt die erweiterungsskeptischste Politik auf. Das Veto de Gaulles hatte lange der ersten Norderweiterung im Wege gestanden, und nur die Süderweiterungen 1981/86 waren von Paris aktiv unterstützt worden. Während die Haltung Frankreichs bei der 2. Norderweiterung 1995 als die eines „*passive complier*“ bezeichnet werden kann (De la Serre/Lequesne 1994/95: 309, Guerin-Sendelbach 1994: 298), ist seine Position gegenüber der angestrebten Osterweiterung noch zurückhaltender, wenn auch nicht obstruktiv (Deubner 1999).

2.4 Zusammenfassung

Wie aus dieser – zugegebenermaßen sehr kursorischen – Übersicht deutlich wurde, bestehen zwischen den Verhaltensmustern der vier Untersuchungsländer tatsächlich erhebliche Unterschiede sowohl in der Europa- als auch der Sicherheitspolitik. Dieser Befund kann zunächst nicht überraschen. Auffällig ist aber, dass es sich sogar als schwierig erweist, diese Unterschiede in zentralen, politikfeldübergreifenden Orientierungen zu subsumieren. So scheint das dänische Beispiel nahe zu legen, dass eine sicherheitspolitische Präferenz für die NATO mit generellem EU-Vertiefungsskeptizismus einhergeht. Die niederländische Politik belegt jedoch, dass dies keineswegs der Fall sein muss. Umgekehrt verweist die französische Politik darauf, dass eine Präferenz für eine europäische Verankerung der Sicherheitspolitik nicht notwendigerweise mit Enthusiasmus bei der EU-Vertiefung einhergeht. Die spezifischen Verhaltensmuster der vier Staaten scheinen mithin in erheblichem Maße idiosynkratisch.

Die Übersicht hat – bei aller beobachtbaren Kontinuität – in einigen Fällen auch Wandel im außenpolitischen Verhalten der untersuchten Länder verdeutlicht. In der Sicherheitspolitik geht dieser allgemein in die Richtung einer stärker „europäischen“ Orientierung und – insbesondere im Fall Deutschlands – auch zu verstärktem militärischem Engagement. In der Europapolitik scheint sich dagegen eine Annäherung der Positionen zu ergeben: Während Frankreich allmählich (und von Nizza abgesehen) zu stärkerer Unterstützung für die EU-Vertiefung gefunden hat, sind in Deutschland und den Niederlanden vertiefungsskeptische Ten-

denzen stärker geworden. Dänemark bleibt jedoch offensichtlich bei seiner integrationsaversen Haltung.

Bereits diese kursorischer Überblick über die drei ausgewählten Politikbereiche verdeutlicht die Probleme systemischer wie institutionenorientierter Ansätze zur Erklärung der aufgezeigten Phänomene: Weder machtpolitische Ressourcen noch die Zugehörigkeit zu Institutionen vermögen die Verhaltensanomalien hinreichend zu erklären. Etablierte Theorien der Internationalen Beziehungen geben unterschiedliche Antworten zur Erklärung unterschiedlicher nationaler Außenpolitiken. Realistische Ansätze, die staatliches Verhalten aus den materiellen Bedingtheiten des internationalen Systems heraus erklären, argumentieren, dass kleine Staaten durch Mehrheitsentscheidungen in der EU über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik an „*voice opportunities*“ (Grieco 1995: 34) und mit hin an Einfluss gewinnen. Doch das dieser Erklärung zugrunde liegende neorealistische Axiom, dass die (Macht-)Position eines Staates im internationalen System für sein außenpolitisches Verhalten ausschlaggebend ist (vgl. Elman 1996; Waltz 1993: 45), scheidert an dem Befund, dass Staaten, die den selben systemischen „*incentives*“ und „*constraints*“ ausgesetzt sind, sich eben nicht ähnlich, sondern oft sehr unterschiedlich verhalten. Ähnlich ließe sich für den Institutionenansatz argumentieren, auch hier führen ähnliche institutionelle Faktoren nicht zu gleichen Anpassungsleistungen der Nationalstaaten (Maurer et al. 2000: 13).

Zur Erklärung dieser Unterschiede wird demzufolge vor allem in der Übersichtsliteratur zu den Außenpolitiken der Mitgliedstaaten auf die Innenpolitik der Mitgliedstaaten verwiesen (vgl. Hill 1996, Rometsch/Wessels 1996, Weidenfeld 1999). Theoretisch-analytisch sei hier auf den Ansatz von Moravcsik verwiesen, der Europapolitik als interessen geleitete *domestic politics* begreift (Moravcsik 1998).¹²

In diesem Beitrag wird die binnenstaatliche Perspektive geteilt, jedoch mit einem Diskursansatz eine konstruktivistische Alternative zur *domestic interest formation* angeboten. Im Folgenden soll versucht werden, mithilfe der Analyse von historischen Diskursen die identitären Hintergründe der idiosynkratischen Verhaltensweisen von EU-Mitgliedstaaten in der Sicherheits- und Europapolitik besser zu verstehen.

¹² Auf die Schwächen des Ansatzes von Moravcsik soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden, es sei dazu v.a. an die Einführung von Stone Sweet/Sandholtz 1998 verwiesen. Angemerkt sei lediglich, dass sich Phänomene wie das erwähnte dänische Maastricht-Referendum kaum als interessen geleitete Politik deuten lassen: In Dänemark waren die mächtigsten Interessengruppen samt Regierungen mit ihrer Befürwortung des Vertrages von Maastricht auf der Verliererstraße, und die Entscheidung fiel offensichtlich ‚gegen alle ökonomische Vernunft‘ aus (Stahl 1999: 288f.).

3. Nationale Identität und außenpolitische Diskurse

3.1. Identität als Grundlage außenpolitischen Handelns

Nationale Identität wird im Folgenden als eine relativ stabile soziale Konstruktion verstanden, die das Selbstverständnis einer national verfassten Gesellschaft zum Inhalt hat.¹³ Die Annahme einer *relativen* Stabilität der Konstruktion nationaler Identität darf aber nicht dahingehend verabsolutiert werden, dass nationale Identität unveränderlich sei. Denn die Herausbildung einer spezifischen Identität und ihre eventuelle inhaltliche Modifikation ist immer ein Produkt sozialer Interaktion und Kommunikation (Mead 1973: 222, 244f., Preston 1997: 7, Weller 1999: 4). Die Frage nach dem Wechselverhältnis zwischen nationaler Identität und außenpolitischem Verhalten kann also nicht mit dem Postulat einer linearen kausalen Logik beantwortet werden. Beide beeinflussen sich vielmehr wechselseitig.

Nationale Identität setzt sich unserem Verständnis nach aus aktiven und inaktiven Elementen zusammen und stellt einen Rahmen dar, innerhalb dessen ein Verhalten von allen Mitgliedern der Gesellschaft als angemessen akzeptiert wird. Dieser Rahmen ist allerdings sehr weit gefasst und erlaubt grundsätzlich verschiedene Handlungsweisen in einer Vielzahl unterschiedlicher Situationen. Welche Verhaltensweise sich als dauerhaft legitim angesehene durchsetzt, ergibt sich erst in identitätsbezogenen innergesellschaftlichen Diskursen, in welchen auf verschiedene Identitätselemente Bezug genommen werden kann. Nationale Identität bildet somit den kommunikativ zu aktivierenden Referenzrahmen für diese Diskurse (vgl. Cruz 2000: 277). Der Diskurs ist das Medium, durch welches Identität in einer konkreten Situation mit Bedeutung versehen wird. Durch den Diskurs zeigt sich, welche Identitätselemente „aktiv“ im Sinne ihrer Nutzung als Referenz zur Legitimation von Verhalten und welche „inaktiv“ sind. Da auch vormals „inaktive“ Elemente in identitätsbezogenen Diskursen aktiviert werden können, ist der mögliche Verhaltensrahmen in Bezug auf einen spezifischen Diskursgegenstand relativ weit. Die Re-„Aktivierung“ vormalig inaktiver Identitätselemente als solche indiziert aber noch keinen Identitätswandel; dieser kommt erst dann zustande, wenn gewissermaßen „neue“ Identitätselemente konstruiert werden (vgl. ausführlich Boekle/Nadoll/Stahl 2000: 21; Nadoll 2000: 13).

¹³ Nationale Identität – als spezifische Form kollektiver Identität verstanden – basiert auf der Selbstdefinition eines Kollektivs als „Nation“ mit einer gemeinsamen Geschichte. Die Entstehung nationaler Identität setzt voraus, dass die Wahrnehmung der sozialen Welt für die Mitglieder des Kollektivs „Nation“ durch eine bestimmte Kategorisierung geprägt wird, die von großer Bedeutung für die soziale Identität des Einzelnen ist. Aus unserem Verständnis nationaler Identität folgt, dass wir nicht die Staaten, sondern das aus menschlichen Individuen bestehende Kollektiv, das sich als „Nation“ definiert und sich mit den staatlichen Institutionen als Verkörperung seiner kollektiven Identität identifiziert, als Träger nationaler Identität verstehen. Zur Abgrenzung zwischen sozialer und kollektiver Identität sowie der verschiedenen Identitätskonzepte in den Internationalen Beziehungen vgl.: Weller 2000: 10.

In einer demokratisch verfassten Gesellschaft ist davon auszugehen, dass außenpolitisches Verhalten letztlich in der Gesellschaft rückgebunden werden muss, also nach wenigstens überwiegend geteilter sozialer Wahrnehmung in unserem Sinne im Einklang mit der nationalen Identität steht.¹⁴ Dabei geht ein Diskurs dem Verhalten, auf das er sich bezieht, nicht notwendigerweise zeitlich voraus, sondern kann auch *post factum* legitimatorisch geführt werden. Jedoch kann angenommen werden, dass außenpolitische Entscheidungsträger in Demokratien sich auch dann in der Auswahl von Verhaltensoptionen innerhalb des Referenzrahmens nationaler Identität bewegen, wenn der das Verhalten betreffende Diskurs erst nachträglich geführt wird. Denn außenpolitische Entscheidungsträger weisen als solche eine besondere soziale Identität¹⁵ auf, die sie von „normalen“ Bürgern dadurch unterscheidet, dass sie letztlich für die Konvergenz außenpolitischen Verhaltens und sozial geteilter Konstruktionen nationaler Identität verantwortlich sind. Dabei wirkt nationale Identität aber, wie schon angemerkt, nicht als „Ursache“ von Verhalten im Sinne direkter und linearer Kausalität. Sie bietet vielmehr "Gründe" für verschiedene Verhaltensweisen und deren Rechtfertigung an.¹⁶ Identität ist somit im Sinne der Unterscheidung Alexander Wendts (1999: 76-88) nicht „kausal“, sondern „konstitutiv“:

„[...] causal and constitutive theories simply ask different questions. Causal theories ask ‘why’ and to some extent ‘how’? Constitutive theories ask ‘how-possible’ and ‘what?’!“

(Wendt 1999: 77)

Nationale Identität als kommunikativer Rahmen, innerhalb dessen verschiedene (aber eben nicht alle) Verhaltensoptionen möglich sind, verengt sich erst durch seine diskursive Rekonstruktion im Zusammenhang mit bestimmten außenpolitischen Problemstellungen und Handlungssituationen. Welche konkrete außenpolitische Verhaltenweise aus dieser Rekonstruktion resultiert bzw. legitimiert wird, hängt von den – theoretisch-deduktiv letztlich

¹⁴ Selbstverständlich können Regierungen den vorgegebenen Identitätsrahmen auch verlassen. Wir gehen indes davon aus, dass eine solche Entscheidung aufgrund ihrer fehlenden gesellschaftlichen Rückbindung keinen dauerhaften Bestand haben kann. In dieser Annahme fühlen wir uns durch bereits erzielte empirische Befunde unseres Projektes bestätigt. Als wohl einschlägigstes Beispiel kann auf die dänische Maastricht-Politik verwiesen werden: Obwohl die Regierung in gründlicher Weise und mit breitem parteipolitischen Konsens die Regierungskonferenz von Maastricht vorbereitete, ging sie offensichtlich über das hinaus, was die Bevölkerung zu akzeptieren bereit war: Sie lehnte den EU-Vertrag in einem ersten Referendum ab und in der Folge mussten zwischen Regierung und Bevölkerung umfangreiche Modifikationen der dänischen Position zum EU-Vertrag ausgehandelt werden. Diese retteten schließlich den Ratifikationsprozess, indem sie die dänische Maastricht-Politik wieder näher an die europapolitisch einschlägige, von der dänischen Bevölkerungsmehrheit geteilte nationalen Identitätskonstruktion heranrückten, vgl. hierzu ausführlich Jóhannesdóttir 2001c: 7-9.

¹⁵ Während kollektive Identität die von den Mitgliedern eines sozialen Kollektivs geteilte Identitätskonstruktion bezeichnet, meint soziale Identität die jeweils individuell-personale Identität der einzelnen Mitglieder eines sozialen Kollektivs als solchen (vgl. Weller 2000: 10)

¹⁶ Zur Unterscheidung zwischen "*causes of action*" und "*reasons for action*" vgl. Kratochwil/Ruggie 1986.

nicht bestimmbar – spezifischen Faktoren bestimmter Handlungssituationen und dem Verlauf des Diskurses ab, in welchem Identität kommunikativ rekonstruiert wird.¹⁷

3.2 Die Bedeutung außenpolitischer Diskurse

Der Begriff *Diskurs* wird hier verstanden als eine kommunikative Interaktion, in der versucht wird, Identitätselemente und Handlungspräferenzen argumentativ im Wege einer (gedachten) Kausalkette entsprechend der gesellschaftlich akzeptierten Angemessenheitslogik¹⁸ – die auf der nationalen Identität beruht – miteinander zu verbinden.¹⁹ Politische Diskurse erfüllen in demokratischen Gesellschaften verschiedenen Funktionen: Sie formen politische Diskussionen, erklären politische Ereignisse, rechtfertigen politische Handlungen, (re-)interpretieren historische Erinnerungen und (re-)konstruieren Identität.

Diskurse können eine (begrenzte) Eigendynamik entwickeln; sie entstehen aber nicht aus sich selbst heraus. Die Einleitung und der Verlauf eines Diskurses wird wesentlich durch die Diskursträger beeinflusst. Zwischen Diskursträger, Diskurs und dessen strukturellen sowie inhaltlichen Kontext besteht ein „dialektisches Verhältnis“: Einerseits ist der Diskurs den Zwängen des Kontextes unterworfen, andererseits trägt er zur Gestaltung des Kontextes bei. Ebenso können die Diskursträger – abhängig von ihrer gesellschaftlichen Machtposition unterschiedlich stark – auf den Diskursverlauf einwirken, werden dabei aber selbst durch aktuelle oder vergangene Diskurse hinsichtlich ihrer diesbezüglichen Möglichkeiten beeinflusst. Diskurse definieren diejenigen Subjekte, die autorisiert zum Sprechen sowie Handeln sind und damit auf die kommunikative Konstruktion von Bedeutungssystemen Einfluss nehmen

¹⁷ Wichtig für den Verlauf eines Diskurses sind sogenannte „*diskursive Ereignisse*“, also Ereignisse, die zum Gegenstand eines breiten Diskurses werden. Ereignisse wie etwa ein Reaktorunfall oder ein Wahlergebnis erlangen erst durch den über sie entfalteten Diskurs Bedeutung und werden dadurch zur sozialen Realität. Ereignis und diskursives Ereignis müssen einander an Umfang und Bedeutung keineswegs entsprechen: Wenn ein Reaktorunfall verschwiegen wird, wird er nicht zu einem diskursiven Ereignis, auch wenn er noch so viele Menschenleben fordert (Jäger 1993: 157). In den Diskursen spiegelt sich somit nicht einfach die objektive Wirklichkeit wider, sondern die soziale Interpretation von ‚Realität‘ (Milliken 1999: 236). Wenn ein reales Ereignis zu einem diskursiven Ereignis wird, verstehen wir es als „formativ“, insoweit es in einem gesellschaftlichen Diskurs mit Bezug auf konkrete Identitätselemente thematisiert wird.

¹⁸ Die Angemessenheitslogik besagt, dass „behaviors (beliefs as well as actions) are intentional but not willful. They involve fulfilling the obligations of a role in a situation, and so of trying to determine the imperatives of holding a position. (...) Within a logic of appropriateness, a sane person is one who is, in touch with identity’ in the sense of maintaining consistency between behavior and a conception of self in a social role“ (March/ Olsen 1989: 160f.). Vgl. auch Finnemore 1996: 28-31.

¹⁹ Diskurse umfassen in unserer Definition nur identitätsbezogene Argumentationen. Unter „*Debatte*“ wird hier demgegenüber allgemein die Kontroverse über ein bestimmtes Thema verstanden. Als Oberbegriff umfasst sie alle Äußerungen zu einem Thema. Debatten erstrecken sich zumeist über einen langen Zeitraum und können verschiedene Diskurse zu einem bestimmten Thema umfassen. Sie spiegeln somit auch die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Diskursmustern wider. Die allgemeine Debatte über Auslandseinsätze in der Bundesrepublik Deutschland z. B. erstreckte sich von 1991 bis 1999. Unabhängig von sonstigen Argumentationen lassen sich in dieser Zeit zumindest zwei Diskurse festmachen, einer vor dem Hintergrund des Bosnien-Konflikts 1991-1995 und ein anderer im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt 1998/99.

können. Konkrete Ausprägung erfährt dieser Umstand z. B. bei Personen (wie z.B. Amtsträgern), die aufgrund der Verfassung eines Landes eine herausgehobene Stellung haben. Sie werden auch als „*privileged storyteller*“ (Milliken 1999: 236) bezeichnet. Diskurse laufen somit nicht herrschaftsfrei ab:

„Keeping in mind that words, expressions, propositions, etc., change their meaning according to the positions held by those who use them, and the corollary logic of discourses as hegemony-seeking, it is not surprising that the government narrative strives to monopolize the meanings of the above terms.”

(Bach 1999: 144)

Innerhalb eines Diskurses versuchen unterschiedliche Gruppen, die Diskurshegemonie zu erreichen, also sich mit ihrem identitätsbezogenen Argumentationsmuster durchzusetzen und ein dominantes Diskursmuster zu etablieren. Townson spricht in diesem Zusammenhang vom Erreichen der „linguistischen Dominanz“:²⁰

Um die Öffentlichkeit von der „Richtigkeit“ ihrer Handlungsweise zu überzeugen, versuchen die Diskursträger, eine argumentative Verbindung zu einem bestimmten Identitätselement zu knüpfen. Hierbei kann ein Identitätselement in verschiedener Weise argumentativ verwendet werden, so dass im Extremfall völlig verschiedene politische Handlungsempfehlungen im selben Element gründen können.²¹ Es kann sich dabei auch um ein passives Element handeln, das im Verlauf des Diskurses rekonstruiert und vor dem Hintergrund der spezifischen Handlungsweise neu mit Bedeutung versehen und somit „aktiviert“ wird. Ein Überzeugungsversuch ist erfolgversprechend, wenn es einem Diskursträger gelingt, seine Handlungsempfehlung argumentativ mit einem aktiven Element zu verknüpfen, wenn er also auf eine bestehende und allseits präsente Diskursmuster zurückgreift. Diese Konstruktion wurde bereits internalisiert, zum Teil sogar institutionalisiert und erscheint einem Großteil der Gesellschaft als ‚natürliche Normalität‘.

²⁰ „Linguistic dominance means that a discourse has established a dominant perception of reality, a narrative in which the meanings of terms are defined by their relative space in the dominant story, (...)” Townson 1992, zit. nach Hoffman/Knowles 1999: 15. Wesentlich bei dem Ringen um die linguistische (diskursive) Dominanz sind nach Townson drei Aspekte (Townson 1992: 25-33): 1. „*naming*“ (Begriffsschaffung, -etablierung), also die Einführung und Etablierung neuer Begriffe in einen Diskurs, z. B. „Friedenstruppen“; 2. „*referencing*“ (Referenzherstellung): Hierbei wird versucht, Verbindungen zu bereits existierenden Begriffen herzustellen, die positive Konnotationen aufweisen, aber ideologisch ungebunden sind (z.B. Moral, Verantwortung, etc.); und 3. „*signifying*“ (Deutungsmonopol), also in einem spezifischen Diskurs behaupten können, als einziger die „wahre“ Bedeutung eines Wortes zu kennen. Wer innerhalb eines Diskurses in der Lage ist, diese drei Aspekte zu dominieren, erlangt die Kontrolle über die Bedeutungszuweisung von Worten (linguistische Dominanz) und damit über den Diskurs selbst (diskursive Dominanz oder Diskurshegemonie). Der somit entstandene dominante Diskurs stimmt am meisten mit allgemeinen Erfahrungen und anderen Indikatoren für „Wahrheit“ überein, ihn umgibt daher ein „Mantel der Normalität“.

²¹ Wie wir an späterer Stelle zeigen werden, kann mit dem Rekurrenzen auf die deutsche ‚Verantwortung‘ sowohl ein Beiseitestehen als auch ein militärisches Eingreifen gerechtfertigt werden.

Ein solches identitätsgeprägtes, handlungsleitendes Argumentationsmuster, das von bestimmten Diskursträgern getragen wird, nennen wir *Diskursformation*. Diskursformationen spiegeln Grundelemente der Identitätskonstruktion einer Gesellschaft wider, die im Zuge vergangener Diskurse – hier verstanden als historische Abschnitte innerhalb einer Diskursformation – kommunikativ bestätigt worden und daher recht stabil sind. Sie enthalten neben einem Identitätselement gewisse Argumentationsmuster sowie eine Handlungsempfehlung. Die Unterscheidung zwischen ‚Identitätselement‘ und ‚Argumentationsmuster‘ erweist sich im Einzelfall zugegebenermaßen als schwierig, aber nicht unmöglich. Denn ein Identitätselement zeichnet sich dadurch aus, dass ein Bezug zum eigenen Land hergestellt wird, der nicht weiter begründet wird, sondern als ‚konsensualer Ausgangspunkt‘ – quasi als ultimatives Argument – eines oder mehrerer Argumentationsmuster fungiert. Die Logik der Identifikation von Identitätselementen mithilfe der Analyse von Diskursformationen liegt somit darin, die argumentative Kette so lange zurückzuverfolgen, bis man auf jenes Element stößt, das selbst nicht argumentativ hergeleitet wird und somit am Anfang der argumentativen, gedachten Kausalkette steht.

Im Wege der Diskursanalyse lässt sich zeigen, welche Wertvorstellungen und Identitätselemente einer Gesellschaft zugrunde liegen und welche in bestimmten Kontexten von besonderer Bedeutung sind. Diskurse schaffen einen ‚*common sense*‘, ein Grundverständnis, das von weiten Teilen der Bevölkerung geteilt wird. Damit schränken Diskurse – soweit sie sich durchgesetzt haben – einerseits einen möglichen Widerstand der Gesellschaft gegen ein bestimmtes Staatshandeln ein und setzen andererseits dem Staatshandeln selbst enge Grenzen. Die Diskursanalyse kann zeigen, warum ein analysiertes System politische Optionen in der Weise strukturiert und limitiert, dass Entscheidungsträger nur ganz bestimmte Optionen vertretbar finden bzw. als vertretbar darstellen.

Wie schon oben dargestellt, ist die Analyse konkreten außenpolitischen Verhaltens unter Zugrundelegung des Identitätsansatzes und der Analyse der jeweils einschlägigen außenpolitischen Diskurse erst der letzte Schritt einer Außenpolitikanalyse auf Grundlage des Identitätsansatzes. Da „Identität“ sich nicht, wie andere Konzepte der Internationalen Beziehungen, rein theoretisch-deduktiv bestimmen lässt, muss zuerst mithilfe der Diskursanalyse selbst induktiv ermittelt werden, welche Elemente für die jeweils gesellschaftlich geteilte nationale Identitätskonstruktion maßgeblich sind. Dieser Umstand stellt natürlich zunächst ein Zirkelschlussproblem dar, das sich aber methodisch lösen lässt, indem gewissermaßen eine „Zeitschleife“ in das Analysedesign eingebaut wird. Für das PAFE-Projekt wurden zur Ermittlung der Substanz der jeweiligen nationalen Identitäts-

konstruktionen deshalb historische Diskurse ausgewählt, die zeitlich vor möglichen Fallstudien liegen (die Fallstudien selbst liegen in den 90er Jahren). Je Land wurden hierfür zwei historische Diskurse ausgewählt, von denen einer in der frühen Nachkriegszeit, der andere in den späten 70er bis frühen 90er Jahren liegt. Diese Auswahl minimiert nicht nur die Zirkelschlussgefahr erheblich, sondern erlaubt zudem Aussagen über die Stabilität nationaler Identitätskonstruktionen (vgl. Boekle/Nadoll/Stahl 2000: 29-33). Neben dem Studium von Sekundärliteratur hat sich insbesondere die Konsultation mit außenpolitischen Experten aus den Untersuchungsländern in Fragebogen- wie persönlichen Interviews sehr bewährt.

Im Folgenden soll nun gezeigt werden, wie der hier erarbeiteten Ansatz die Ermittlung von Argumentationsmustern, Diskursformationen und Identitätselementen sowie die Evaluation ihrer Stabilität und Konstanz über Zeit ermöglicht. Dies soll am weithin bekannten Beispiel des deutschen Diskurses um die Beteiligung an *out of area*-Operationen exemplifiziert werden (Katsioulis/Nadoll 2001), wobei ein Rückblick auf die Wiederbewaffnungsdebatte der 50er Jahre als „check“ der Stabilität der bundesdeutschen Identitätskonstruktion dient (vgl. Nadoll 2001).

4. Nationale Identität und deutsche Sicherheitspolitik

4.1 Der Diskurs über die Beteiligung der Bundeswehr an *out of area*-Einsätzen

Der Verlauf des deutschen Diskurses über die Beteiligung von Bundeswehrsoldaten an Kampfeinsätzen außerhalb des Bündnisgebiets (1991-1995) zeigt beispielhaft, wie der Konflikt widerstreitender Diskursmuster und Diskursformationen durch die Rekonstruktion der ihnen zugrunde liegenden Identitätselemente aufgelöst wurde.²² In diesem Diskurs kollidierten die Furcht vor Isolation und die Fremderwartungen seitens der Bündnispartner mit der selbst auferlegten Zurückhaltung bei militärischen Einsätzen außerhalb des Bündnisgebiets.²³ Grundsätzlich schälten sich in den 90er Jahren zwei Argumentationsmuster heraus, die beide in der Diskursformation der besonderen außenpolitischen Verantwortung Deutschlands als Erfahrung des Zweiten Weltkrieges verankert sind. Argumentierte die eine Seite mit Selbstbeschränkung, Einbindung und Multilateralismus, so forderte die andere ein „angemessenes“, „unverkramptes“ und „bestimmteres“ Auftreten Deutschlands auf der internationalen Bühne („Normalisierungsdiskurs“, Hellmann 1997, 1999).

²² Ausführliche Darstellung der deutschen *out of area*-Debatte finden sich bei Bach 1999: 119-146, Philippi 1997 und Müller 1994: 125-141.

²³ Ein Vergleich mit der Wiederbewaffnungsdebatte in den 50er Jahren zeigt indes, wie sich die sicherheitspolitischen Themen gewandelt haben: Die vormals prominente neutralistische Diskursformation ist praktisch verschwunden und taucht nach der deutschen Vereinigung nur noch rudimentär in der PDS auf.

Obwohl das Bundesverfassungsgericht dem Streit über die Verfassungsmäßigkeit einer Beteiligung der Bundeswehr an *out of area*-Einsätzen durch sein Urteil vom 12. Juli 1994 ein formales Ende bereitete, dauerte der politische Diskurs an. Seine Hauptträger waren die Parteien.²⁴ Zwar waren große Teile der CDU/CSU sowie der FDP für Auslandseinsätze der Bundeswehr, während sich große Teile der SPD und der Grünen dagegen aussprachen. Doch verliefen die argumentativen Konfliktlinien quer durch die einzelnen Parteien (Müller 1994: 134). Dies galt insbesondere für SPD und Grüne (Philippi 1997: 114, 127f.). Der oppositionelle Unterdiskurs rekonstruierte dabei ein Identitätselement, das sich mit „Nie wieder!“ bezeichnen lässt. Für einen großen Teil der Grünen bedeutete dies „Nie wieder Krieg!“, also die grundsätzliche Nichtbeteiligung deutscher Soldaten an Kriegen. Es war vor allem Joschka Fischer, der dieses Identitätselement neu hinterfragte, indem er vor dem Hintergrund der Menschenrechtsverletzungen in Bosnien „Nie wieder Auschwitz!“ als Lehre der Vergangenheit ableitete (Philippi 1997: 134; Zehfuss 2001: 328f.). In der Folge formierte sich zunächst ein Diskursmuster heraus, in dem unter Bezug auf besagtes Identitätselement von vielen Vertretern der Grünen Blauhelm-Einsätze und von einem Teil der SPD sogar Kampfeinsätze unter UN-Mandat propagiert wurden.

Im Ergebnis gelang es aber einer Mehrheit der Vertreter von CDU/CSU und FDP, die Hegemonie im Gesamtdiskurs zu erreichen. Abgesehen von einem kleinen Teil, der auf UN-Mandat und Verfassungsänderung als Voraussetzung bestand, argumentierte die Mehrheit zugunsten einer uneingeschränkten Beteiligung an Kampfeinsätzen im Verbund mit den Bündnispartnern. Auch diese Argumentation ankerte in der Diskursformation der besonderen Verantwortung und stellte vor allem auf die deutsche Bündnisfähigkeit ab, deren Wahrung als moralische Pflicht bezeichnet wurde. So gebiete es die Verantwortung Deutschlands, der internationalen Gemeinschaft zum Erfolg zu verhelfen (Schönbohm 1995: 9, Bach 1999: 133, 136). Mit dieser Argumentation ist die der Bündnisfähigkeit eng verknüpft; sie erwies sich als stärkster Hebel gegen die Kritik der Sozialdemokraten. Der Vorwurf, wer sich gegen einen Einsatz sperre, gefährde die Funktionsfähigkeit der Sicherheitsbündnisse und mache Deutschland als Verbündeten unglaubwürdig und unfähig, entkräftete die meisten Vorbehalte (Müller 1994: 131, Bach 1999: 138f.). Diese Argumentation knüpfte an ein weiteres zentrales Element der deutschen Identitätskonstruktion an, nämlich „Niemals allein!“. Daraus lässt sich einerseits der deutsche Hang zum Multilateralismus ableiten (vgl. Baumann 2001: 11, 15f.), der von den Vertretern des „Normalisierungsdiskurses“ dahingehend gewendet wurde, dass die Bundesrepublik entsprechend ihrer gewachsenen Bedeutung ihren Platz unter den anderen

²⁴ In der Anfangsphase – vor dem Hintergrund des 2. Golfkrieges 1991 – wurde der Diskurs auch durch eine breitere Öffentlichkeit in Form von zahlreichen Demonstrationen mitgetragen.

„normalen“ Staaten einnehmen und im Bündnis eine aktive Rolle spielen sollte.²⁵ Auf der anderen Seite bringt dieses Identitätselement aber auch die Angst vor außenpolitischer Isolierung zum Ausdruck, die auch die Kritiker auf Seiten der SPD zum Einlenken brachte (Philippi 1997: 122).²⁶ Den Pazifisten wurde argumentativ auch dadurch das Zepter aus der Hand genommen, dass CDU-Vertreter die Soldaten nicht als Söldner in einem Krieg, sondern als Polizisten in einer internationalen Ordnung von Recht und Frieden bezeichneten (Bach 1999: 167). Wer sich gegen den Militäreinsatz in Bosnien wende, sei letztlich gegen den Frieden und damit unmoralisch.

Den Unionsparteien und der FDP gelang es somit, Begriffe zu thematisieren, die konkrete Bezüge zu Grundelementen der deutschen Identitätskonstruktion und darüber hinaus allgemein positive Konnotationen aufweisen, wie z. B. Verantwortung und Moral. Vertreter von CDU/CSU und FDP erlangten so die Kontrolle über die Bedeutungszuweisung von Worten (linguistische Dominanz) und damit über den Diskurs selbst.

4.2 Ein Rückblick auf den Wiederbewaffnungsdiskurs der 50er Jahre

Im Zuge der Debatte über die westdeutsche Wiederbewaffnung wurden die Grundlagen der zukünftigen sicherheitspolitischen Orientierungen der Bundesrepublik gelegt.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war die deutsche Gesellschaft auf der Suche nach neuen sinnstiftenden Identifikationsmerkmalen, einem neuen Selbstbild - kurz, nach einer neuen Identität. Der Diskurs über die Wiederbewaffnung hat zu einer grundlegenden Rekonstruktion der nationalen Identität Westdeutschlands geführt. Dabei wurden Identitätselemente und Diskursformationen etabliert, die über Jahrzehnte Bestand hatten. Erst durch den 2. Golfkrieg wurden sie herausgefordert und erfuhren in der Folge eine Neuinterpretation, die von einer allmählichen Verhaltensänderung Deutschlands in der out-of-area Frage begleitet wurde (Baumann/Hellmann 2001: 68-77).

Zu den wiederkehrenden Identitätselementen zählte insbesondere der starke Hang zu multilateralem Handeln („Niemals allein!“). Dieser fand zunächst Ausdruck in der Westintegration Deutschlands, die mit der Wiederbewaffnung ihren Abschluss fand. Damit war die

²⁵ Vgl. etwa Klaus Kinkel, Erklärung der Bundesregierung zur deutschen Mithilfe bei Friedensmissionen der Vereinten Nationen. In: Bulletin der Bundesregierung, 23.4.1993.

²⁶ In diesem Zusammenhang führten Vertreter von CDU und FDP die Terminologie des „neuen deutschen Sonderwegs“ ein, dessen Beschreitung in jedem Fall zu vermeiden sei. Die Begrifflichkeit des „deutschen Sonderwegs“ ist in der Bundesrepublik allgemein negativ besetzt. Wurde darunter bis dahin allerdings Militarisation und Expansionismus der deutschen Außenpolitik während der NS-Diktatur verstanden, so kristallisierte sich im Verlauf des Diskurses der Teilaspekt der Isolation heraus. Es kam soweit, dass diese Terminologie auch von Oppositionsvertretern in innerparteilichen Auseinandersetzungen aufgenommen wurde. Dies verdeutlicht die Rekonstruktion eines Identitätselements: Unter Verweis auf die Gefahr eines „neuen deutschen Sonderwegs“ – die außenpolitische Isolation – wurde für die Beteiligung an Militäreinsätzen außerhalb des Bündnisgebiets argumentiert, was früher den (alten) deutschen Sonderweg symbolisierte. Vgl. Wette 1996.

Grundentscheidung für eine Bündnisorientierung gefällt, die im Laufe der Jahre bestätigt wurde. Die Sicherstellung der Bündnisfähigkeit war ein entscheidendes Argument im Zuge des out of area-Diskurses, woraus zu schließen ist, dass das multilaterale Element in der deutschen Identitätskonstruktion nicht nur bestätigt, sondern zudem im Zeitverlauf verstärkt wurde. Hier wurden erneut die zwei Dimensionen dieses Identitätselements besonders deutlich: Einerseits eine Abneigung gegenüber unilateralen Aktionen und andererseits eine Angst vor Isolation. „Niemals allein!“ bedeutet im Rahmen der deutschen Identitätskonstruktion auch, nicht allein zurückzubleiben, wenn die Bündnispartner gemeinsam handeln. Aus diesem zentralen Element resultiert die in der historischen Betrachtung feststellbare Selbsteinbindung der Bundesrepublik Deutschland.

Mit Blick auf die Bündnisorientierung zeichnete sich bereits Anfang der fünfziger Jahre eine starke Präferenz für ein vereintes Europa ab. Aufgrund der Suche nach einem neuen Selbstbild war die europäische Integration für einen Großteil der westdeutschen Gesellschaft von Anfang an auch eine ideelle Zielkategorie. Die besondere Identifikation mit Europa in Ermangelung anderer sinnstiftender Identifikationsmerkmale in der Nachkriegszeit führte zur Etablierung eines spezifischen „europäischen Elements“ in der deutschen Identität, das über die Jahre rekonstruiert und verstärkt wurde. Im Verlauf des out of area-Diskurses wurde daher erfolgreich mit dem Erhalt der „Europafähigkeit“ argumentiert.

Weiterhin zeigt der Vergleich der beiden historischen Diskurse, dass auch unterlegene Diskursmuster und -formationen eine gewisse Stabilität aufweisen, soweit sie sich in der nationalen Identitätskonstruktion verankern lassen. So tauchte etwa der Neutralitätsdiskurs - obwohl in den fünfziger Jahre unterlegen - im Zuge der out of area-Debatte durch die PDS wieder auf. Darüber hinaus offenbarten sich bei dieser Debatte grundlegende pazifistische Tendenzen auch bei Teilen der SPD und vor allem beim Fundi-Flügel der Grünen, für den „Nie wieder Krieg!“ nach wie vor ein entscheidendes Identitätselement war. Die Bedeutung dieses Identitätselements, das im Zuge des Wiederbewaffnungsdiskurses etabliert wurde, für die deutsche Gesellschaft und damit für die deutsche Außenpolitik zeigte sich insbesondere in der Zurückhaltung beim Einsatz militärischer Mittel und in der starken Präferenz für politische Lösungen. Der Verlauf des langwierigen Diskurses über die Beteiligung deutscher Soldaten an Kampfeinsätzen außerhalb des Bündnisgebiets macht deutlich, dass die militärische Zurückhaltung zu einem eigenständigen aktiven Element der deutschen Identitätskonstruktion geworden ist. Diese Element war u.a. im Neutralitätsdiskurs der fünfziger Jahre bereits angelegt.

4.3 Stabilität der Identität – Wandel der Diskursmuster und -träger

Insgesamt hat sich damit die nationale Identitätskonstruktion der fünfziger Jahre als relativ stabil erwiesen. Die Relativität der Stabilität zeigte sich aber u.a. darin, dass ein für die Grünen zentrales Identitätselement („Nie wieder Krieg!“) mit einer neuen Bedeutung versehen wurde. Vor dem Hintergrund der Gräueltaten in Bosnien und der historisch bedingten moralischen Verantwortung Deutschlands erlangte „Nie wieder!“ eine erweiterte Bedeutung, nämlich Ähnliches in keinem Fall mehr zuzulassen („Nie wieder Auschwitz!“). Das identitäre Dilemma zwischen Gewaltverzicht und der gewaltsamen Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen wurde zu Gunsten der letzteren Kategorie aufgelöst. Damit deutet sich eine graduelle Neugewichtung der Identitätselemente an.

Die relative Stabilität der Identitätskonstruktion schlug sich auch auf die Stabilität der Diskursformationen nieder. Allerdings wurde sowohl innerhalb desselben Diskurses als auch im historischen Vergleich auf der Grundlage derselben Diskursformation - der besonderen Verantwortung Deutschlands in der Außenpolitik – unterschiedlich argumentiert. Es ist bemerkenswert, dass unterschiedliche Diskursträger sich im Zeitablauf der gleichen Formation bedienten. Während etwa die Mehrheit der CDU/CSU sich im Zuge des Wiederbewaffnungsdiskurses mit Verweis auf die historische Verantwortung Deutschlands für mehr Zurückhaltung aussprach und die Mehrheit der SPD unter Schumacher hingegen für ein bestimmteres Auftreten plädierte, kehrte sich die Argumentation der Parteien bei der out of area-Debatte um 180 Grad: Jetzt forderten die Unionsparteien ein bestimmteres außenpolitisches Auftreten der Bundesrepublik, während Teile der SPD zusammen mit den Grünen - auf die besondere Verantwortung Deutschlands verweisend - auf Zurückhaltung drängten. In diesem Zusammenhang wurde der Begriff „deutscher Sonderweg“ jeweils mit unterschiedlicher Bedeutung versehen (Katsioulis/Nadoll 2001: 4f.; vgl. Wette 1996: 68f.). Die „Sonderwegsargumentation“ tauchte bereits im Wiederbewaffnungsdiskurs aus und hat sich seitdem als Teil der Diskursformation „besondere Verantwortung“ etabliert. Im historischen Verlauf deutet sich eine Verschiebung der akzeptierten Interpretation des „deutschen Sonderwegsarguments“ an. Wurde damit lange überzeugend mit Verweis auf die deutsche Vergangenheit für eine zurückhaltende Außenpolitik argumentiert, zeichnete sich in der out of area-Debatte eine Umdefinition ab. Gekoppelt an das multilaterale Element wird die Abkehr vom deutschen Sonderweg vielfach mit einer aktiveren, bestimmteren Außenpolitik gleichgesetzt, die sich an den anderen, selbstbewusst handelnden europäischen Staaten orientieren soll.

Zusammenfassend zeigt der Vergleich, dass die Identitätskonstruktion der Bundesrepublik relativ stabil ist. Weiterhin wird deutlich, dass die jeweiligen Diskursträger nicht auf bestimmte Diskursformationen bzw. Identitätselemente festgelegt sind. Der Wandel des außenpolitischen Verhaltens wurde durch eine Reinterpretation zentraler Identitätselemente legitimiert und abgesichert. In beiden Diskursen nahmen Vertreter von politischen Parteien eine zentrale Stellung in der Diskursstruktur ein.

5. Schlussfolgerungen und Hypothesengenerierung

Wie eingangs erläutert, stellt die hier vorgelegte Analyse nur einen ersten Schritt des Versuchs dar, außenpolitisches Verhalten auf der Grundlage nationaler Identität zu analysieren. Umfassend ist eine solche Analyse erst dann möglich, wenn die jeweils einschlägige „nationale Identität“ inhaltlich bestimmt worden ist. Diese Bestimmung setzt ihrerseits den historisch-diskursanalytischen Nachvollzug der jeweiligen Konstruktion nationaler Identität voraus. Diesem Zweck dient die hier beispielhafte Vorstudie, die die bundesdeutsche Konstruktion nationaler Identität anhand des Out of area-Diskurses der 90er, ergänzt um den Wiederbewaffnungsdiskurs der 50er Jahre inhaltlich analysierte. Trotz des heuristischen Charakters der vorgestellten Vorstudie können – in ihrer Verbindung zu vergleichbaren Vorstudien, die für die anderen Untersuchungsländer unseres Forschungsprojektes erarbeitet wurden²⁷ – hieraus aber bereits einige wichtige Schlussfolgerungen gezogen und allgemeine Hypothesen über das Wechselverhältnis von nationaler Identität, Diskursen und außenpolitischem Verhalten abgeleitet werden:

Hypothese 1: Die identitätsgestützte Analyse von Außenpolitik trägt wesentlich dazu bei, die Idiosynkrasien mitgliedstaatlicher Außenpolitik besser zu verstehen. Damit stellt dieser Ansatz ein brauchbares, ja zentrales Instrument zum Verständnis der Differenzen und Gemeinsamkeiten der europäischen Außenpolitiken dar (Differenzhypothese).

In diesem Beitrag konnte nur auf eines der Untersuchungsländer vertiefend eingegangen werden. Gleichwohl hat das Beispiel bereits gezeigt, wie hochgradig idiosynkratisch außenpolitische Diskurse verlaufen und vor allem, wie spezifisch die Identitätselemente für

²⁷ An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass sich der Verallgemeinerungsanspruch der Hypothesen nicht nur aus dem einen dargestellten historischen Diskurs, sondern aus weiteren acht Analysen speist. Es sind dies der dänische NATO-Beitritts- und Maastrichtdiskurs, die französischen EVG- und Maastrichtdiskurse, die niederländischen Dekolonisations- und Mittelstreckenwaffendiskurs sowie die italienischen NATO-Beitritts- und Golfkriegsdiskurse. Vgl. dazu die länderspezifischen historischen Diskursstudien des PAFE-Projektes unter <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe/baum.htm>

einzelnen Staaten sind, die sich aus diesen Diskursen ermitteln lassen.²⁸ Zur Veranschaulichung der Idiosynkrasien nationaler Identitätskonstruktionen, gesellschaftlicher Diskurse und schließlich des außenpolitischen Verhaltens von Staaten erscheint es an dieser Stelle zweckmäßig, auf das Beispiel Dänemarks hinzuweisen, dessen Verhaltensspektrum sich in der Europapolitik - umgekehrt zum deutschen Fall in der Sicherheitspolitik - sich in den 90er Jahren immer weiter verengte (Jóhannesdóttir 2001a: 5-7). Zwar zeigte sich die Regierung in den intergouvernementalen Konferenzen von Maastricht jeweils gut vorbereitet und kompromissbereit, doch war eine Mehrheit der Bevölkerung gleichwohl nicht bereit, eine solche Politik mit zu tragen. Durch den enormen Legitimationszwang durch Referenden und die effektive Parlamentskontrolle ist der Spielraum der Regierung im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten relativ klein (Jóhannesdóttir 2001a: 3ff.). So verblieb für die dänische Regierung nur noch die Möglichkeit, sich als europäischer ‚Außenseiter‘ in Edinburgh 1992 Ausnahmen zu erbeten. Traurige Konsequenz dieser *opt-outs* war, dass Dänemark sich gerade an den dynamischen Integrationsentwicklungen in diesen Bereichen nicht beteiligen konnte. Illustriert wurde dies durch den gleichzeitigen Rücktritt von Außen- und Verteidigungsminister nach dem ‚verlorenen‘ Euro-Referendum 2000 – eine ‚Abwahl des Volkes durch die Regierung‘. Dänemark fällt als Unterstützer der GESVP für lange Zeit aus. Das *opt-out* in der europäischen Verteidigungspolitik veranlasste die Regierung sogar, sich selbst im Militärausschuss der GESVP zum Beobachter zu degradieren. Dänemark wird sich nicht an friedenserhaltenden Maßnahmen unter alleiniger EU-Führung beteiligen. Die Regierung wird erst ihre Handlungsfähigkeit zurück gewinnen, wenn der *elite-mass split* überwunden werden kann. Die Herausforderungen der europäischen Integration erweisen sich offensichtlich für die bisherigen dominanten Konstruktionen der dänischen Identität als schwer vermittelbar.

Das deutsche und dänische Beispiel zeigen, dass externer Handlungsdruck und Sozialisationsprozesse die Staaten in unterschiedlichem Maße beeinflussen und eben nicht zwangsläufig zu einer Konvergenz der Europapolitiken, respektive europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitiken führen. Belastbare außenpolitische Verhaltensänderungen bedürfen der identitären Absicherung: Im deutschen Fall gelang die Überwindung der vormaligen sicherheitspolitischen Außenseiterposition mit Hilfe der diskursiven Umdeutung wichtiger Identitätselemente. Die dänische Regierung schaffte es zunächst, der europapolitischen Aufbruchstimmung im Zuge der Einheitlichen Europäischen Akte noch zu folgen, scheiterte jedoch am ersten Maastricht-Referendum. In dem Maße, in dem die *opt-out-*

²⁸ Vgl. die Präsentationen der zweiten PAFE-Beiratskonferenz in Otzenhausen und die diesbezüglichen länderspezifischen Diskursfolien. http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe/a_board1.htm.

Themen Währung, innere Sicherheit und Verteidigung an Bedeutung gewannen, wurde immer deutlicher, wie sehr sich Dänemark in der Europapolitik in eine Sackgasse manövriert hat, eben weil die diskursive Rückbindung einer neuen, europäisierten Außenpolitik bisher nicht gelungen ist.

Hypothese 2: Die Identitätsforschung kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Grenzen des gesellschaftlich als angemessen erachteten identitären Verhaltensrahmens der jeweiligen Auenpolitiken auszuloten (Grenzhypothese).

Der strukturierte Vergleich der Auenpolitiken in Europa hat aufgezeigt, dass die nationalen Politiken sich nicht nur untereinander unterscheiden, sondern auch in sich idiosynkratisch sind. Durch ihre historische Herangehensweise kann der hier skizzierte Identitätsansatz das Verständnis des ‚Ausgangsspektrums‘ der jeweiligen Außenpolitik signifikant verbessern. Mit Hilfe der historischen Rekonstruktionen von wichtigen außenpolitischen Diskursen werden Potentiale für Kontinuität und Wandel abgesteckt.

Die out-of-area-Debatte hilft zu verstehen, wie Deutschland den Wandel zu einem auch militärisch agierenden Staat im Ganzen argumentativ geschafft und identitär verarbeitet hat. Die deutsche Außenpolitik konnte sich so aus einer Selbstfesselung befreien, die durch den Zweiten Golfkrieg offensichtlich geworden war. Was noch in den 80er Jahren für die deutsche Außenpolitik noch undenkbar schien war, wurde so möglich: die Beteiligung an militärischen Aktionen außerhalb der eigenen Landesgrenzen. Der als identitär angemessen betrachtete Verhaltensrahmen der deutschen Außenpolitik wurde so im Laufe der 90er Jahre signifikant erweitert.²⁹

Hypothese 3: Während die Analyse von Identitätselementen primär die Kontinuität von außenpolitischen Verhalten verstehen hilft, eröffnet die Diskursanalyse ein besseres Verständnis von Wandel, indem sie zeigen kann, wie konstante Identitätselemente diskursiv mit neuen Bedeutungsinhalten versehen werden (Kontinuität-Wandel-Hypothese).

Der erste Teil der Hypothese erfährt seine Berechtigung, wenn zur Analyse der out-of-area-Debatte auch die Wiederbewaffnungsdebatte, die vierzig Jahre älter ist, hinzutritt. So waren *alle* Identitätselemente, die im deutschen out-of-area Diskurs aufscheinen, bereits in der

²⁹ Selbstverständlich zeigt die Vertrauensfrage der Regierung Schröder vom 16.11.01, dass dieser Prozess noch anhält. Gleichwohl sind die Schwierigkeiten mit der Entsendungsentscheidung nur dadurch entstanden, dass über diese nicht isoliert abgestimmt wurde: Nur die PDS, eine Minderheit der Grünen und eine kleine Minderheit der SPD stehen diesem Wandel noch skeptisch gegenüber. Vgl. Harnisch/Brauner 2001.

Debatte um die deutsche Wiederbewaffnung Anfang der 50er Jahre nachweisbar. Die Analysen historischer Diskurse in anderen Untersuchungsländern haben gleichfalls starke Kontinuitäten sichtbar gemacht.³⁰ Ein Vergleich der Studien verdeutlicht aber, dass gleiche Identitätselemente mitnichten stets in gleicher Weise ‚befragt‘ und argumentativ eingesetzt wurden. Gerade im Vergleich zum historischen Diskurs der Wiederbewaffnung zeigt sich, wie verschiedene Diskursträger immer wieder auf die selben Identitätselemente rekurrieren, deren Bedeutung jedoch beständig veränderten und neu interpretierten.

Die Diskursanalyse als Instrument für die Ermittlung identitärer Bedingtheiten von Außenpolitik erscheint demzufolge dort besonders vielversprechend, wo verhaltensmäßiger Wandel beobachtet werden kann. Dies führt zu einer weiteren Hypothese, welche die *faktische* Wahrscheinlichkeit von Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik von EU-Staaten betrifft:

Hypothese 4: Die Wahrscheinlichkeit von Wandel im außenpolitischen Verhalten wiederum hängt davon ab, ob nationale Identitätskonstruktionen umstritten oder unumstritten sind (*contested vs. uncontested identities*).

Diese Hypothese wird durch die erheblichen Unterschiede zwischen unseren Untersuchungsländern in Bezug auf außenpolitische Kontinuität bzw. Wandel plausibilisiert.³¹ So waren große sicherheitspolitische Debatten in Frankreich, Dänemark und den Niederlanden selten, was auf eine *uncontested identity* hindeutet.³² In Deutschland jedoch kam es häufiger zu solchen Debatten; die bestehende sicherheitspolitische Identität wurde hier also eher herausgefordert. Die Chance zum diskursiven Wandel der Sicherheitspolitik war mithin größer.

Ähnliche Befunde lassen sich in der Europapolitik finden. Hier zeigten sich die Identitäten bis in die 80er Jahre hinein weitgehend stabil, in den 90er Jahren aber setzten heftige Debatten ein. In Dänemark ist dies – durch die breite Diskursstruktur bedingt – am auffälligsten, aber auch in Frankreich (Maastricht-Referendum) und Deutschland (Euro) kamen lebhaftige Debatten um die zukünftige Ausrichtung der Europapolitik in Gang. Indes zeigt das dänische

³⁰ Im französischen EVG-Diskurs finden sich fünf Merkmale, von denen vier während der Debatte über das Maastricht-Referendum wieder auftauchen (Stahl 2001b,c).

³¹ Indem wir die diskursive ‚*contestedness*‘ von Identität nicht nur einräumen, sondern diskursanalytisch problematisieren, werden wir letztlich auch der Kritik Zehfuss’ (2001) an Alexander Wendts (1999, 1994) Konzeptualisierung einer unitären ‚*state identity*‘ gerecht. Der Befund, dass die ‚wahre‘ Interpretation von Identität in bestimmten Handlungszusammenhängen zwischen widerstreitenden Argumentationsmustern umstritten sein und sich im Zuge solcher Diskurse auch verändern kann, entspricht letztlich auch weit eher der konstruktivistischen Annahme der Bedeutung sozialer Konstruktion als Wendts Ansatz, der soziale Interaktion und Konstruktion lediglich zwischen (unitär gedachten) Staaten annimmt.

³² In Dänemark stellte die NATO-Eintrittsdebatte die Weichen für die danach stabile atlantisch ausgerichtete Sicherheitspolitik, vgl. Jóhannesdóttir 2001b. In den Niederlanden ging die Debatte um den Verlust Indonesiens Ende der 40er Jahre mit der Aufgabe einer neutralen, autonomen Sicherheitspolitik einher (vgl. Boekle 2001).

Beispiel, dass häufige Debatten zwar die Möglichkeit für Politikwandel schaffen, dieser aber nicht notwendigerweise auch gelingt. Verantwortlich hierfür könnten Unterschiede in der diskursiven Wirkung externer formativer Ereignisse sein.³³

Hypothese 5: Formative Ereignisse stärken im Diskursverlauf die eine oder andere Argumentation, wenn sie sich gut in der Identitätskonstruktion verankern lassen (*formative events*-Hypothese).

Der Schock des Zweiten Golfkriegs signalisierte vielen Diskursträgern in Deutschland Handlungsbedarf und eröffnete einen Diskurs über die Rolle Deutschlands in der Welt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der deutschen Vereinigung. Die nicht enden wollenden Berichte über Gräueltaten in Kroatien und Bosnien 1991-94 stärkten die Position derer, die die deutsche Verantwortung re-interpretiert sehen wollten und eine Abkehr von der außenpolitischen Tradition militärischer Zurückhaltung befürworteten. Erst im Zuge der durch diese formativen Ereignisse ausgelösten sicherheitspolitischen Diskurse kam es zu der oben skizzierten Rekonstruktion der bundesdeutschen nationalen Identität mit der Folge eines wesentlich erweiterten sicherheitspolitischen, identitär angemessenen Verhaltensrahmens. Die Bedeutung formativer Ereignisse für die diskursive (Re-)Konstruktion nationaler Identität wird auch durch andere innerhalb des Projekts durchgeführte Analysen historischer Diskurse gestützt.³⁴

Wie schon einleitend erläutert, haben Diskurse im Gesamtdesign unseres Projektes zwei Funktionen: Sie helfen einerseits, Identitätselemente und argumentative Muster sowie wichtige Diskursträger zu identifizieren. Dieses zu leisten, war der Primärzweck der vorliegenden Analyse. Andererseits erhellen Diskurse den Weg zwischen der schwer fassbaren

³³ Wichtig für den Verlauf eines Diskurses sind externe Ereignisse nur dann, wenn sie zum Gegenstand eines breiten Diskurses werden. Marcussen et al. (1999) sprechen von ‚*critical junctures*‘, die sie als wahrgenommene Krisensituationen definieren (vgl. auch Cruz 2000: 276f.). Reales und diskursives Ereignis müssen einander an Umfang und Bedeutung keineswegs entsprechen: Wenn ein Reaktorunfall verschwiegen wird, wird er nicht zu einem diskursiven Ereignis, auch wenn er noch so viele Menschenleben fordert (Jäger 1993: 157). In den Diskursen spiegelt sich damit nicht einfach die objektive Wirklichkeit wider, sondern die soziale Interpretation von ‚Realität‘ (Milliken 1999: 236). Erst wenn ein reales Ereignis zu einem diskursiven Ereignis wird, verstehen wir es als „formativ“, insoweit es in einem gesellschaftlichen Diskurs mit Bezug auf konkrete Identitätselemente thematisiert wird. Aufgrund unterschiedlich intensiver Rezeption solcher Ereignisse in verschiedenen Gesellschaften können sich auch erhebliche Unterschiede in Bezug auf das Ausmaß ergeben, in dem sie „formativ“ im hier gebrauchten Sinne sind (vgl. auch Boekle/Nadoll Stahl 2000: 22 und Nadoll 2000: 7).

³⁴ Auch die Analyse anderer historischer Diskurse, die wir hier nicht explizit behandeln, zeigt die Bedeutung formativer Ereignisse. So verdeutlicht der NATO-Beitrittsdiskurs in Dänemark, wie durch formative Ereignisse in den Augen der politischen Elite immer neue ‚Fakten‘ geschaffen wurden, die wiederum immer neue Argumentationen erzwangen. Vgl. Jóhannesdóttir 2001b: 12, 14f.). In der EVG-Debatte in Frankreich führten die Stalin-Noten und Stalins Tod zu einer Stärkung derjenigen, die einen Ausgleich mit der Sowjetunion suchten, anstatt sich in Form der EVG allzu sehr zu binden (Stahl 2001c: 11f.).

und eher auf Kontinuität angelegten Hintergrundvariablen ‚Identität‘ und dem mitunter starken Schwankungen unterliegenden außenpolitischen Verhalten. Diskurse vermitteln somit zwischen der identitär angelegten Kontinuität und dem notwendigen Wandel. In Argumentationsketten werden bekannte Identitätselemente mit neuen Bedeutungen versehen und verschiedene Handlungsoptionen aus ihnen abgeleitet. Die hier vorgenommene Rekonstruktion historischer Diskurse hat uns zum einen erlaubt, den Fundus identitärer Kontinuität abzustecken. Zum anderen gibt sie einen Einblick in argumentative Muster, mit deren Hilfe Diskursträger versuchten, die jeweilige nationale Identität mit den außenpolitischen Erfordernissen, wie sie sie sahen, zu versöhnen und somit außenpolitischen Wandel zu initiieren, zu legitimieren oder abzusichern.

Natürlich ist der hier entwickelte Ansatz nicht unproblematisch, ist er doch aufgrund der diskursiven Identifikation der jeweiligen konkreten Ausprägungen von Identität sehr voraussetzungsreich. Er setzt sich allerdings erheblich weniger Problemen in Bezug auf die Gefahr von Zirkelschlüssen aus als Analysen, die den Inhalt von Identität überwiegend oder gar ausschließlich aus mehr oder minder anekdotischen, mit dem zu „erklärenden“ außenpolitischen Verhalten zeitgleichen Stellungnahmen einzelner politischen Führungspersonlichkeiten gewinnen³⁵ Zumindest nachdem das Ziel einer möglichst systematischen inhaltlichen Bestimmung der nationalen Identitäten der Untersuchungsländer erreicht ist, eröffnet der hier vorgestellte Identitätsansatz sowie die präsentierte Herangehensweise vielerlei Anknüpfungspunkte für die Außenpolitikforschung – jedenfalls für die hier behandelten Länder. So können erstens die historischen Vorstudien dazu dienen, aktuelle diskursorientierte Analysen zu fundieren und abzusichern. Zweitens leisten sie einen Beitrag zum Verständnis von Kontinuität und Wandel von Außenpolitiken und können damit systemische oder intergouvernementale Studien komplementieren.³⁶ Drittens zeigt sich der Ansatz auch für institutionentheoretisch orientierte Arbeiten anschlussfähig, indem er die jeweilige nationale institutionelle Struktur ernst nimmt und die verschiedene diskursive Verarbeitung von externen Herausforderungen – die u.U. zu neuen Institutionen führt – näher beleuchtet.³⁷ Des weiteren wird hiermit ein Ansatz vorgestellt, der den dunklen *causal*

³⁵ Diesem Vorwurf setzt sich bspw. die Studie von Banchoff (1999a) aus. Zwar hat derselbe Autor auch eine umfassendere Analyse der Entwicklung der (west)deutschen nationalen Identität in der Nachkriegszeit vorgelegt (Banchoff 1999b), auf die er in der genannten Analyse jedoch lediglich cursorisch und anekdotisch zurückgreift. Bachs (1999) Ansatz ist insofern problematisch, als er – ebenfalls eher anekdotisch als systematisch – seine inhaltliche Bestimmung der deutschen Identität lediglich aus zwei konkurrierenden „narratives“ gewinnt, die wichtige Aspekte und Elemente deutscher Identität unberücksichtigt lassen.

³⁶ Diese Möglichkeit der wechselseitigen Komplementierung rationalistisch-institutionalistischer und konstruktivistischer, identitätsbasierter Studien hat Medick-Krakau (1999: 13-19) aufgezeigt.

³⁷ So kann der hier entwickelte Ansatz das von Risse (2001) identifizierte Problem zumindest verringern, welches darin besteht, dass der Test der „Resonanz“ europäischer außenpolitischer Anforderungen mit den

pathway zwischen ‚Identität‘ und ‚Verhalten‘ ein wenig weiter ausleuchtet: In noch anzufertigenden Fallstudien wird zu zeigen sein, welche Identitätselemente mit welchen, von wem gebrauchten argumentativen Mustern sich in konkreten außenpolitischen Handlungssituationen als die überlegenen erweisen. Zwar bedeutet das Erreichen ‚linguistischer Dominanz‘ durch bestimmte politische Akteure in solchen Situationen noch immer nicht ‚Regierungshandeln und –entscheiden‘, ist der hier entwickelte Ansatz eben kein *‘decision-making approach‘*. Doch besitzt die Eingrenzung des diskursiv vermittelbaren Handlungsspielraums einer Regierung in ihrer Außenpolitik letzten Endes gegenüber einem solchen Ansatz zumindest insofern Vorteile, als seine Anwendung empirisch nachvollziehbar ist, während viele Entscheidungsanalysen auf impliziten, häufig sehr restriktiven Annahmen beruhen.

Schließlich bietet der hier entwickelte Identitätsansatz aus unserer Sicht die Chance, den Wahrscheinlichkeitsraum für die dynamisch sich entwickelnde Europäische Außenpolitik nicht nur aktuell, sondern auch mittel- oder sogar langfristig auszuloten: Identitätsansatz und Diskursanalyse können zeigen, was in der europäischen Außenpolitik in den nächsten Jahren möglich ist und was nicht. Damit kann er nicht nur unser Verständnis europäischer und mitgliedstaatlicher Außenpolitik, sondern möglicherweise sogar unsere Prognosefähigkeit nicht unerheblich verbessern.

relevanten Konstruktionen nationaler Identität zwar die Varianz in der jeweiligen Europapolitik verschiedener Länder, nicht aber die inhaltliche Ausformung und insbesondere die historische Veränderung von Identitätskonstruktionen im Sinne der diskursiven Deutung einzelner Identitätselemente nachvollziehbar machen kann.

Literaturverzeichnis

- Aggestam, Lisbeth (1999). "Role Conceptions and the Politics of Identity in Foreign Policy." *ARENA Working Papers* 99/8, S. 1-25.
- Bach, Jonathan P.G. (1999). *Between Sovereignty and Integration. German Foreign Policy and National Identity after 1989*. New York: St. Martin's Press.
- Banchoff, Thomas. (1999a). "German Identity and European Integration." *European Journal of International Relations* 5(3): S. 259-289
- Banchoff, Thomas. (1999b). *The German Problem Transformed. Institutions, Politics, and Foreign Policy, 1945-1995*. Ann Arbor, University of Michigan Press
- Baumann, Rainer (2001). "German Security Policy within NATO." In: *German Foreign Policy since Unification. Theories and Case Studies*, Volker Rittberger (Hrsg.), S. 141-84, Manchester: Manchester University Press.
- Baumann, Rainer und Gunther Hellmann (2001). "Germany and the Use of Force. "Total War", the "Culture of Restraint", and the Quest for Normality." Douglas Webber (Hrsg.), *New Europe, New Germany, Old Foreign Policy? (German Politics Special Issue)* 10,1, London, Frank Cass, S. 61-82.
- Boekle, Henning (2001b). "Die Dekolonisation Indonesiens", PAFE-Paper zum Diskursprofil der Niederlande, (download: <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/liba/pafe/baum.htm>)
- Boekle, Henning, Jörg Nadoll und Bernhard Stahl (2000). „Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken. Theoretische Grundlegung und methodische Vorgehensweise“, PAFE-Arbeitspapier Nr. 1, (download: http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe/pafe_texte.htm)
- Bretherton, Charlotte und John Vogler (1999). *The European Union as a Global Actor*. London: Routledge.
- Coolsaet, Rik und Ben Soetendorp (2000). "Belgium and the Netherlands." In: *The foreign policies of European Union Member States*, Ian Manners und Richard G. Whitman (Hrsg.), S. 128-43, Manchester: Manchester University Press.
- Cruz, Consuelo (2000). "Identity and Persuasion. How Nations Remember Their Pasts and Make Their Futures." *World Politics* 52, Nr. 2., S. 275-312.
- De La Serre, Françoise und Christian Lequesne (1994/95). "Frankreich." *Jahrbuch der Europäischen Integration*, S. 305-12.
- Deubner, Christian (1999). "Frankreich in der Osterweiterung der EU, 1989 bis 1997." *Politische Studien* Heft 363, 50. Jhg., S. 89-121.
- Dosenrode, Soren Z. von (2000). "Danish EU-Policy Making." In: *Denmark's Policy towards Europe After 1945: History, Theory and Options*, Hans Branner und Morten Kelstrup (Hrsg.), S. 381-402, Odense: Odense University Press.
- Elgström, O. (2000). "Lomé and Post-Lomé: Asymmetric Negotiation and the Impact of Norms." *European Foreign Affairs Review* 5, Nr. 2, S. 175-97.
- Elman, Colin (1996). "Horses for Courses. Why not Neo-realist Theories of Foreign Policy?" *Security Studies* 6, Nr. 1, S. 7-53.
- Everts, Philip (1997). "Pays-Bas: L'innocence perdue." In: *La défense en Europe. Les adaptations de l'après-guerre froide*, Patrice Buffotot (Hrsg.), S. 171-83, Paris.
- Finnemore, Martha (1996). *National Interests in International Society*. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press.
- Freudenstein, Roland (1995). "Die neuen Demokratien in Ostmitteleuropa und die Europäische Union." In: *Deutschlands neue Außenpolitik. Bd. 2: Herausforderungen*, Karl Kaiser und Hanns W. Maull (Hrsg.), S. 103-19, München: Oldenbourg.
- George, Alexander L. (1979). "Case Studies and Theorie Development. The Method of Structured, Focused Comparison." In: *Diplomacy: New Approaches in History, Theory and Policy*, Paul Gordon Lauren (Hrsg.), S. 43-68, New York: The Free Press.

- Grieco, Joseph M. (1995). "The Maastricht Treaty, Economic and Monetary Union and the Neo-realist Research Programme." *Review of International Studies* 21, S. 21-40.
- Guerin-Sendelbach, Valérie (1994). "'Incertitudes françaises'? Die Entwicklung der Europäischen Union aus französischer Sicht." *Dokumente* 50, S. 296-302.
- Hansen, Birte (1996). "Dansk Baltikumspolitik 1989-1995." In: *Dansk udenrigspolitisk årbog 1995*, Svend Aage Christensen und Ole Wæver (Hrsg.), Kopenhagen: Dansk udenrigspolitisk institut.
- Harnisch, Sebastian und Wolfgang Brauner (2001). "The German Response to the September 11th Terrorist Attacks: A shift in the Domestic Political Debate and Party Politics?", *German Foreign Policy in Dialogue* 2 (E-Newsletter), Nr.5, (download: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/publications/newsletter.html>) S. 16-22
- Harnisch, Sebastian und Bernhard Stahl (2000). "Germany's Role in the Institutional Reform of the European Union as Viewed from Different National Perspectives." *German Foreign Policy in Dialogue* 1 (E-Newsletter), Nr.3, (download: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/publications/newsletter.html>) S. 7-11.
- Harryvan, Anjo, Jan van der Harst und Hakan Wiberg (1996). "The Netherlands. Dutch Regime Values and their Basic Sources." In: *European Integration and National Adaptations: A theoretical Inquiry*, Hans Mouritzen, Ole Wæver und Hakan Wiberg (Hrsg.), S. 101-27, New York: Nova Science, Commeck.
- Hedetoft, Ulf (2000). "The Danish Perspective." *German Foreign Policy in Dialogue* 1 (E-Newsletter), Nr.3, (download: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/publications/newsletter.html>).
- Hellmann, Gunther (1997). "Jenseits von "Normalisierung" und "Militarisierung": Zur Standortdebatte über die neue deutsche Außenpolitik." *Aus Politik und Zeitgeschichte* 47, Nr. B 1-2, S. 24-33.
- Hellmann, Gunther (1999). "Nationale Normalität als Zukunft? Zur Außenpolitik der Berliner Republik." *Blätter für deutsche und internationale Politik* 44, Nr. 7, S. 837-47.
- Hill, Christopher (Hrsg.) (1996). *The actors in Europe's foreign policy*. London, Routledge
- Hill, Christopher (1998). "Convergence, Divergence and Dialectics. National Foreign Policies and the CFSP". In: *Paradoxes of European Foreign Policy*. J. Zielonka (Hrsg.). London, Kluwer Law International: S. 35-51
- Hoffman, Arthur und Vanda Knowles (1999). *Germany and the Reshaping of Europe. Identifying Interests - the Role of Discourse Analysis*. Vol. 99/9, ESRC-IGS Discussion Paper. Birmingham.
- Homann, Kees (2000). "A Dutch hope: Towards a greater coherence." In: *The Northern EU. National Views on the Emerging Security Dimension*, Gianni Bonvicini, Tapani Vaahoranta und Wolfgang Wessels (Hrsg.), Helsinki: Kauhana, S. 183-93.
- Honig, Jan Willem (1994). "The Netherlands and Military Intervention." In: *Military Intervention in European Politics*, Lawrence Freedman (Hrsg.), S. 142-53, Oxford/Cambridge, MA: Blackwell.
- Jäger, Siegfried (1993). *Kritische Diskursanalyse*, DISS-Studien. Duisburg: Duisburger Inst. für Sprach- und Sozialforschung (DISS).
- Jakobsen, Peter Viggo (2000). "Denmark at War: Turning Point or Business as Usual?" In: *Danish Foreign Policy Yearbook 2000*, Bertel Heurlin und Hans Mouritzen (Hrsg.), S. 61-86, Copenhagen: DUPI.
- Jepperson, Ronald, Alexander Wendt und Peter J. Katzenstein (1996). "Norms, Identity, and Culture in National Security." In: *The Culture of National Security*, Peter J. Katzenstein (Hrsg.), S. 33-75, New York: Columbia University Press.
- Jóhannesdóttir, Anna (2001a). "Die Diskursstruktur Dänemarks", PAFE-Paper zum Diskursprofil Dänemarks, (download: <http://www.univ-erster.de/uni/fb3/liba/pafe/baum.htm>)

- Jóhannesdóttir, Anna (2001b). "Der NATO-Beitritt Dänemarks", PAFE-Paper zum Diskursprofil Dänemarks, (download: <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/liba/pafe/baum.htm>)
- Jóhannesdóttir, Anna (2001c). "Die Außenpolitik Dänemarks", PAFE-Paper zum Verhaltensprofil Dänemarks, (download: <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/liba/pafe/baum.htm>)
- Katsioulis, Christos/Nadoll, Jörg (2001). "Die out-of-area Debatte", PAFE-Paper zum Diskursprofil Deutschlands, (download: <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/liba/pafe/baum.htm>)
- Katzenstein, Peter J. (2000). "Gezähmte Macht: Deutschland in Europa." In: *Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung*, Michèle Knodt und Beate Kohler-Koch (Hrsg.), S. 57-84, Frankfurt am Main.
- Kratochwil, Friedrich V. (1989). *Rules, Norms, and Decisions. On the Conditions of Practical and Legal Reasoning in International Relations and Domestic Affairs*. Vol. 2, *Cambridge Studies in international relations*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kratochwil, Friedrich V. und John Gerard Ruggie (1986). "International Organization. A State of the Art on an Art of the State." *International Organization* 40, Nr. 4, S. 753-75.
- Kwast-van Duursen, Marja (1996). "The Dutch Debate: A Shifting Policy on Europe." In: *The 1996 IGC-National Debates*, Alexander C-G. Stubb, Laurent Cohen-Tanugi, Silvio Fagiolo und Marja Kwast-van Duursen (Hrsg.), S. 46-60, London: The Royal Institute of International Affairs.
- Lapid, Yosef (1989). "The Third Debate: On the Prospects of International Theory in a Post-Positivist-Area." *International Studies Quarterly* 33, S. 235-54.
- Larsen, Henrik (1997). *Foreign Policy and Discourse Analysis: France, Britain and Europe*. London: Routledge.
- Larsen, Henrik (2000). "Denmark and the European Defense Dimension in the Post-Cold War Period: Opt-out or Participation?" In: *Danish Foreign Policy Yearbook 2000*, Bertel Heurlin und Hans Mouritzen (Hrsg.), S. 87-120, Copenhagen: DUPI.
- March, James G. und Johan P. Olsen (1989). *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics*. New York: Free Press.
- Marcussen, Martin et al. (1999). "Constructing Europe. The Evolution of French, British and German Nation-State Identities", *European Journal of International Relations* 6 (4), S. 614-633
- Maull, Hanns W. (1999). "Germany and the Use of Force. Still a Civilian Power?" *Trierer Arbeitspapiere zur Internationalen Politik* 2.
- Maull, Hanns W. (2000). "Germany and the Use of Force: Still a 'Civilian Power'?" *Survival* 42, Nr. 2, S. 56-80.
- Maurer, Andreas, Jörg Mittag und Wolfgang Wessels (2000). "Regieren in der EU 'nach' Maastricht - Die makropolitische Dynamik des Mehrebenensystems in einer empirischen Überprüfung.", Abschlußbericht zum DFG-Forschungsprojekt, (download: <http://www.uni-koeln.de/wiso-fak/powi/wessels/forup/GOVIUM-RGIUM-Bericht.pdf>)
- Mbaye, Heather A.D. (2001). "Why National States Comply with Supranational Law: Explaining Implementation Infringements in the European Union 1972-1993." *European Union Politics* 2, Nr. 3, S. 259-282
- Mead, George Herbert (1973). *Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus*. Frankfurt am Main.
- Medick-Krakau, Monika (1998). "Außenpolitischer Wandel: Diskussionsstand - Erklärungsansätze - Zwischenergebnisse." In: *Außenpolitischer Wandel in*

- theoretischer und vergleichender Perspektive* (Festschrift für Ernst-Otto Czempiel zum 70. Geburtstag), Dies. (Hrsg.) Baden-Baden: Nomos, S. 3-31
- Milliken, Jennifer (1999). "The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research and Methods." *European Journal of International Relations* 5, Nr. 2, S. 225-54.
- Moravcsik, Andrew (1998). *The Choice For Europe. Social Purpose & State Power from Messina to Maastricht*. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press.
- Müller, Harald (1994). "Military Intervention for European Security: The German Debate." In: *Military Intervention in European Conflicts*, Lawrence Freedman (Hrsg.), S. 125-42, Oxford: Blackwell Publishers.
- Nadoll, Jörg (2000). "*Diskursanalyse und Außenpolitikforschung*", PAFE-Arbeitspapier Nr. 2, (download: http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe/pafe_texte.htm)
- Nadoll, Jörg (2001a). "*Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*", PAFE-Paper zum Verhaltensprofil Deutschlands, (download: <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/liba/pafe/baum.htm>)
- Nadoll, Jörg (2001b). "*Die westdeutsche Wiederbewaffnung*", PAFE-Paper zum Diskursprofil Deutschlands, (download: <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/liba/pafe/baum.htm>)
- Peters, Dirk (2001). "Making European Law Work: Why Member States (Fail to) Implement EC Directives." Mainz.
- Petersen, Nikolaj (1999). "Denmark, the IGC 1996 and the Future of the European Union." In: *Danish Foreign Policy Yearbook 1998*, Bertel Heurlin und Hans Mouritzen (Hrsg.), S. 43-59, Copenhagen: DUPI.
- Philippi, Nina (1997). *Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschlands*. Frankfurt am Main.
- Pijpers, Alfred (1996). "The Netherlands. The weakening pull of Atlanticism." In: *The Actors in Europe's Foreign Policy*, Christopher Hill (Hrsg.), S. 247-67, London: Routledge.
- Preston, P.W. (1997). *Political/Cultural Identity. Citizens and Nations in a Global Era*. London et al: SAGE Publications.
- Reef, Johannes (1995). *Die Niederlande im internationalen System. Fallstudien zum Einfluß eines Kleinstaates*. Vol. Bd. 15. Münster u.a.: Lit-Verlag.
- Riemersma, Riemke A. (1989). "No European military integration: the Fouchet Plan." In: *The Politics of Persuasion. Implementation of Foreign Policy by the Netherlands*, Philip P. Everts und Guido Walraven (Hrsg.), S. 175-88, Aldershot: Avebury.
- Risse, Thomas (2001). "A European Identity? Europeanization and the Evolution of Nation-State Identities. In: *Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change*. M. Green Cowles, J. A. Caporaso and T. Risse (Hrsg.). Ithaca, London, Cornell University Press: S. 198-216
- Rometsch, Dietrich und Wolfgang Wessels (Hrsg.)(1996). "*The European Union and member states*", Manchester: Manchester University Press.
- Saliou, Monique (1993). "La France et l'ONU: Des ambitions mondiales." *Politique étrangère* 58, Nr. 3, S. 687-95.
- Schild, Joachim (1997). "Durchbruch in der deutsch-französischen Sicherheitskooperation." *Aktuelle Frankrechanalysen* 6, März 1997, S. 1-12.
- Schmalz, Uwe (2000). "German ambitions and ambiguities: EU initiatives as a useful framework." In: *The Northern EU. National Views on the Emerging Security Dimension*, Gianni Bonvicini, Tapani Vaahtoranta und Wolfgang Wessels (Hrsg.), S. 216-36, Helsinki: Kauhana.
- Schönbohm, Jörg (1995). "Deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor europäischen und globalen Herausforderungen." *Unveröffentlichtes Papier, präsentiert bei der DGAP-Konferenz am 26.4.1995*. Strausberg.
- Searle, John R. (1970). *Speech Acts. An Essay in the Philosophy of Language*. Cambridge.

- Soetendorp, Ben R. (2000). "The Netherlands' Perspective." *German Foreign Policy in Dialogue* 1 (E-Newsletter), Nr.2, (download: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/publications/newsletter.html>)
- Stahl, Bernhard (1999). "When Values Meet: Recent European Experiences." In: *Changing Values in Asia. Their Impact on Governance and Development*, Han Sung-Joo (Hrsg.), S. 280-302, Tokyo, New York.
- Stahl, Bernhard (2001b). "Das Maastricht-Referendum", PAFE-Paper zum Diskursprofil Frankreichs, (download: <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/liba/pafe/baum.htm>)
- Stahl, Bernhard (2001c). "Die Debatte um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft", PAFE-Paper zum Diskursprofil Frankreichs, (download: <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/liba/pafe/baum.htm>)
- Stavridis, Stelios und Justin Hutchence (2000). "Mediterranean Challenges to the EU's Foreign Policy." *European Foreign Affairs Review* 5, Nr. 1, S. 35-62.
- Stone Sweet, Alec und Wayne Sandholtz (1998). "Integration, Supranational Governance, and the Institutionalization of the European polity." In: *European Integration and Supranational Governance*, Wayne Sandholtz und Alec Stone Sweet (Hrsg.), S. 2-26, Oxford: Oxford University Press.
- Townson, Michael (1992). *Mother-tongue and fatherland : language and politics in German*. Manchester, New York.
- Wæver, Ole (1995). "Identity, Integration and Security. Solving the Sovereignty Puzzle in E.U. Studies." *Journal of International Affairs* 48, Nr. 2, S. 389-461.
- Wagner, Wolfgang (2001). "Die Konstruktion einer europäischen Außenpolitik. Deutsche, französische und britische GASP-Politiken im Vergleich." Inauguraldissertation, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main.
- Waltz, Kenneth N. (1993). "The Emerging Structure of International Politics." *International Security* 18, Nr. 2, S. 44-79.
- Weidenfeld, Werner, (Hrsg.) (1999). *Europa-Handbuch*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Weller, Christoph (1999). "Kollektive Identitäten in der internationalen Politik." In: *Identität und Interesse*, Walter Reese-Schäfer (Hrsg.), S. 249-77, Opladen: Leske + Budrich.
- Weller, Christoph (2000). "Kollektive Identitäten in der Weltgesellschaft - Nationale, transnationale und regionale Identitäten im 21. Jahrhundert." Hamburg: Institut für Asienkunde.
- Wendt, Alexander (1994). "Collective Identity Formation and the International State." *American Political Science Review* 88(2): S. 384-396.
- Wendt, Alexander (1999). *Social Theory of international Politics*. Cambridge
- Wessels, Wolfgang (Hrsg.) (1998). "National vs. EU Foreign Policy Interests. Mapping "important" national interests". Köln
- Wester, Robert (1992). "The Netherlands and European Political Union." In: *The Intergovernmental Conference on Political Union. Institutional Reforms, New Policies and International Identity of the European Community*, Finn Laursen und Sophie Vanhoonacker (Hrsg.), S. 163-76, Maastricht: European Institute of Public Administration.
- Wette, Wolfram (1996). "Sonderweg oder Normalität. Zur Diskussion um die internationale Position der Bundesrepublik." *Blätter für deutsche und internationale Politik* (Januar), S. 61-70
- White, Brian (1999). "European Challenge to Foreign Policy Analysis." *European Journal of International Relations* 5, Nr. 1, S. 37-66.
- White, Brian (2001). *Understanding European Foreign Policy*, Houndsmills: Palgrave

- Williams, Shirley (1991). "Sovereignty and Accountability in the European Community." In: *The New European Community*, Robert O. Keohane und Stanley Hoffmann (Hrsg.), S. 155-76, Boulder: Westview Press.
- Zartman, William I., (Hrsg.) (1994). *International Multilateral Negotiation. Approaches to the Management of Complexity*. San Francisco.
- Zehfuss, Maja (2001). "Constructivism and Identity: A Dangerous Liaison." *European Journal of International Relations* 7 (3), S. 315-348